

aktuelle analysen

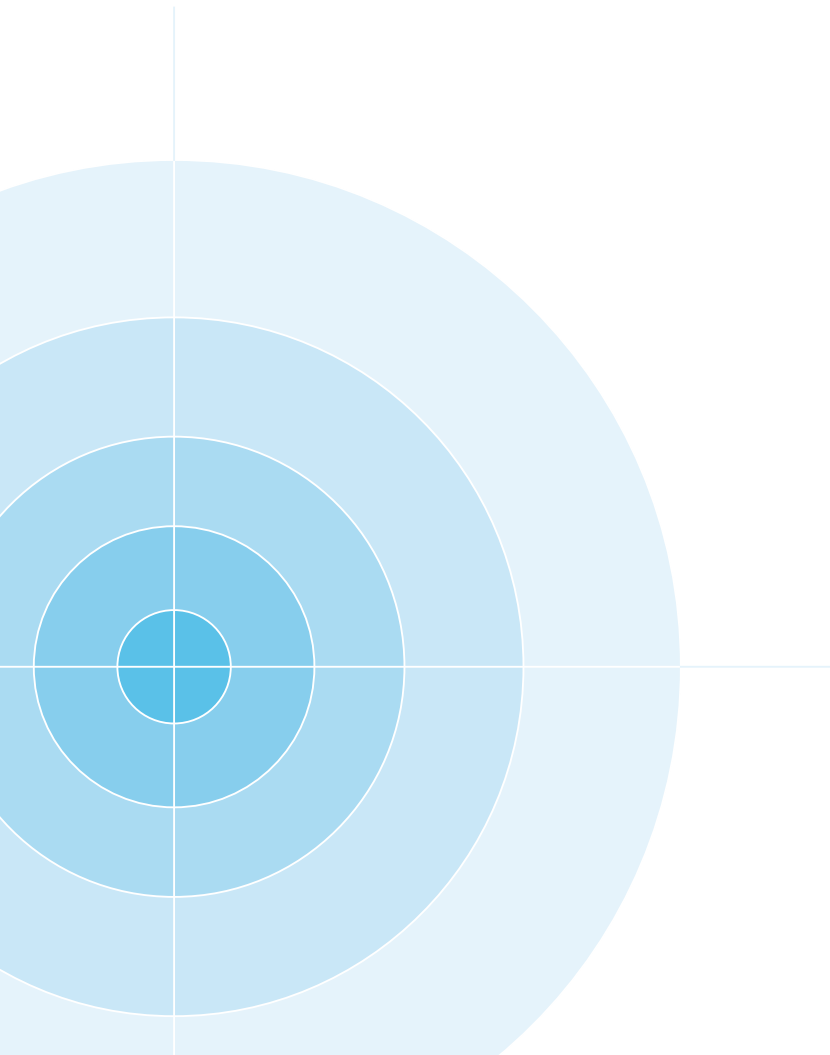
64

 Hanns
Seidel
Stiftung

Akademie für
Politik und
Zeitgeschehen

Alice Neuhäuser

GROSSBRITANNIEN NACH DER UNTERHAUSWAHL 2015



Alice Neuhäuser

GROSSBRITANNIEN NACH DER UNTERHAUSWAHL 2015

Impressum

ISBN	978-3-88795-504-5
Herausgeber	Copyright 2015, Hanns-Seidel-Stiftung e.V., München Lazarettstraße 33, 80636 München, Tel. +49 (0)89 / 1258-0 E-Mail: info@hss.de , Online: www.hss.de
Vorsitzende	Prof. Ursula Männle, Staatsministerin a.D.
Hauptgeschäftsführer	Dr. Peter Witterauf
Leiter der Akademie für Politik und Zeitgeschehen	Prof. Dr. Reinhard Meier-Walser
Leiter PRÖ / Publikationen	Hubertus Klingsbögl
Autorin	Dr. Alice Neuhäuser
Redaktion	Prof. Dr. Reinhard Meier-Walser (Chefredakteur, V.i.S.d.P.) Barbara Fürbeth M.A. (Redaktionsleiterin) Marion Steib (Redaktionsassistentin)
Druck	Hanns-Seidel-Stiftung e.V., Hausdruckerei, München

Alle Rechte, insbesondere das Recht der Vervielfältigung, Verbreitung sowie Übersetzung, vorbehalten. Kein Teil dieses Werkes darf in irgendeiner Form (durch Fotokopie, Mikrofilm oder ein anderes Verfahren) ohne schriftliche Genehmigung der Hanns-Seidel-Stiftung e.V. reproduziert oder unter Verwendung elektronischer Systeme verarbeitet, vervielfältigt oder verbreitet werden. Davon ausgenommen sind Teile, die als Creative Commons gekennzeichnet sind. Das Copyright für diese Publikation liegt bei der Hanns-Seidel-Stiftung e.V. Namentlich gekennzeichnete redaktionelle Beiträge geben nicht unbedingt die Meinung des Herausgebers wieder.

Inhaltsverzeichnis

Das Ergebnis der britischen Parlamentswahl am 7. Mai 2015	5
Bewertung der Unterhauswahl	7
Bilanz der Koalitionsregierung	10
Spitzenkandidaten aus der politischen Mitte als Erfolgsgaranten?	11
Was kommt nach dem Zwei-Parteien-System?	12
Aktueller kultureller Wandel	13
Agenda der neuen konservativen Regierung	13
Bereits eingeleitete Reformen der neuen konservativen Regierung	16
Die mit der Regierungsagenda verbundenen gesellschaftlichen Veränderungen	17
Vom Außenseiter zum neuen Vorsitzenden der Labour Party: Jeremy Corbyn	18
Entfremdung zwischen Politikern und Bevölkerung	21
Umsetzbarkeit der politischen Agenda Corbyns	23
Zu erwartende politische Erfolgchancen der Labour Party unter Jeremy Corbyn	24
Europäische Flüchtlingskrise	24
Bewertung der deutschen Flüchtlingspolitik durch Großbritannien	25
Britische Flüchtlingspolitik	26
Britisches Referendum über den Verbleib des Vereinigten Königreichs in der Europäischen Union	28
Großbritanniens momentane Situation in der EU	30
Camerons EU-Reformvorschläge	31
Tandem Cameron-Merkel zur Verhinderung eines Brexit?	33
EU-Referendums-Kampagne der Regierung	34
Zusammenhänge zwischen der Flüchtlingskrise und dem Ausgang des britischen EU-Referendums	36
Ausgang des EU-Referendums	37
Anmerkungen	38

Großbritannien nach der Unterhauswahl 2015

Alice Neuhäuser

Die Conservatives gewannen eine absolute Mehrheit und regieren fortan allein. Im Fokus ihrer Regierungsagenda steht die erwerbstätige Bevölkerung. Mit der Wahl Jeremy Corbyns zum Labour-Vorsitzenden, der teils sozialistische Auffassungen vertritt, und dem Triumph der Scottish National Party wird das politische System aufgemischt. Der Flüchtlingszustrom nach Europa beunruhigt die britische Regierung und der Ausgang des EU-Referendums ist offen.

Das Ergebnis der britischen Parlamentswahl am 7. Mai 2015

In der folgenden Tabelle werden die Ergebnisse der beiden letzten Unterhauswahlen und die Sitzverteilung der aktuellen Legislaturperiode einschließlich der hinzugewonnenen und eingebüßten Mandate der Fraktionen aufgelistet.

	Conservative Party	Labour Party	Liberal Democrats	UKIP	SNP und Plaid Cymru	Greens
2010	36,9 %	29,7 %	23,6 %	3,2 %	2,3 %	1,0 %
2015	37,7 %	31,2 %	8,1 %	12,9 %	5,5 %	3,8 %
Sitze*	330 (+24)	232 (-26)	8 (-49)	1 (+1)	59 (+50)	1 (+/-0)

* (Gewinne / Verluste gegenüber 2010-2015)

Die britische Parlamentswahl ist eine reine Mehrheitswahl. Kandidaten müssen sich zwingend in einem der 650 Wahlbezirke aufstellen lassen. Wer dort jeweils die relative Mehrheit der Stimmen auf sich vereinigen kann, wird Abgeordneter im Unterhaus. Stimmen für unterlegene Bewerber verlieren nach der Kür des Siegers im Wahlbezirk sofort ihre Bedeutung; sie haben keinerlei Einfluss auf die Sitzverteilung im Unterhaus. Die Wahl erfolgt also nach dem „first past the post-Prinzip“.

Die Conservative Party errang bei der Unterhauswahl 2015 wieder die absolute Mehrheit, womit die Koalitionsregierung Cameron / Clegg beendet werden konnte. 35 Wahlbezirke konnten die Tories im Vergleich zur Wahl im Jahr 2010 zusätzlich gewinnen, 11 gingen

verloren. Anders als bei früheren Sitzverteilungen in der zweiten Hälfte des 20. Jahrhunderts ist die neue Mehrheit der Tories hauchdünn und beträgt lediglich 11 Sitze. Die Liberal Democrats erlebten wie schon bei der Europawahl im Vorjahr einen dramatischen Einbruch. Rund drei Viertel ihrer Wähler von 2010 votierten dieses Mal für eine andere Partei oder blieben dem Urnengang fern. Insgesamt verloren sie 49 Mandate und wurden mit nur noch 8 Mandaten zurück in die nationale politische Bedeutungslosigkeit katapultiert.

Die Labour Party gewann zwar Stimmanteile hinzu und legte um 1,5 Prozent auf 31,2 Prozent zu. Dennoch verkleinerte sich ihre Fraktion im Unterhaus deutlich. Die früheren guten Ergebnisse, die die Partei in Schottland verbuchen konnte, blieben dieses Mal aus, wovon die Scottish National Party profitierte. 22 zusätzlich errungenen Mandaten der Labour Party stehen 48 verlorene gegenüber.

Ein Erdrutschsieg gelang der Scottish National Party (SNP), die 50 Sitze hinzugewann, obwohl ihr Stimmenzuwachs nur 3,1 Prozent betrug. Fortan dominiert sie Schottland, wo sich die Wähler in fast allen Wahlbezirken mehrheitlich für Kandidaten der SNP entschieden.

Die United Kingdom Independence Party (UKIP) holte nahezu 13 Prozent der Stimmen und war damit – gemessen an allen abgegebenen Stimmen – drittstärkste Kraft, errang wegen des Mehrheitswahlsystems aber nur einen Sitz. In zahlreichen englischen Wahlkreisen belegten UKIP-Kandidaten sogar jeweils Platz zwei. Nachdem UKIP bei der Europawahl 2014 mit einem Ergebnis von über 27 Prozent als Sieger hervorgegangen war und sowohl die Conservatives als auch die Labour Party überflügeln konnte, war der Gewinn eines einzigen Mandats für die Parteiführung eine herbe Enttäuschung. Nicht einmal ihrem Vorsitzenden Nigel Farage gelang der Einzug ins Unterhaus. Er bleibt somit Europaabgeordneter und wechselt nicht nach Westminster.

Bewertung der Unterhauswahl

Der Ausnahmezustand einer Koalitionsregierung zwischen Premierminister David Cameron und seinem Juniorpartner Nick Clegg endete mit der absoluten Mehrheit, die die Conservatives bei der Unterhauswahl im Mai 2015 errungen haben. Seither zählt die Fraktion des Wahlsiegers über 50 Prozent der Mandate, was im britischen System als klassisch oder üblich gekennzeichnet werden kann. Die nunmehr wieder herrschende Ein-Parteien-Regierung ist ein Zurück zum Normalfall. Ohne Rücksicht auf die Überzeugungen und Befindlichkeiten eines Koalitionspartners können die Konservativen jetzt ihre ureigenen Standpunkte in Gesetze fließen lassen und „durchregieren“¹. Gleichwohl ist es die erste rein konservative Regierung seit der Amtszeit John Majors in den 1990er-Jahren.

Auf eine ideologische Ausrichtung, die sich unter einer Losung subsumieren lässt, verzichteten die Conservatives im Wahlkampf. Denkbar wäre gewesen, das Motto von „compassionate conservatism“ neu zu beleben. Schließlich entschied George W. Bush 2000 die Präsidentschaftswahl in den USA mit diesem Leitspruch für sich. Cameron hatte 2005 seine Partei trotz seiner damaligen politischen Unerfahrenheit mit der Idee eines „mitfühlenden Konservatismus“ für sich gewinnen können und überraschend bei der Wahl zum Vorsitzenden gesiegt.²

Vorteilhaft wäre an solch einer Losung gewesen, die ökonomischen Wahlkampfthemen um eine soziale und menschliche Komponente zu ergänzen, zumal davon ausgegangen wurde, dass die Conservatives keine absolute Mehrheit würden erringen können und so sozialdemokratische Wähler angesprochen hätten. Durch die Alliteration ist die Botschaft des „compassionate conservatism“ darüber hinaus schnell einprägsam. Ab und an wurde stattdessen von „social Toryism“ gesprochen, aber auch diese Devise ist weder weit verbreitet noch ein strategischer Begriff gewesen.

Die Conservatives haben nicht viele Stimmen im Vergleich zur Unterhauswahl 2010 hinzugewonnen, aber Wahlkreise, die vor fünf Jahren an die Liberal Democrats verloren gegangen waren, zurückerobert. Sehr augenscheinlich war diese Strategie der Conservatives zu erkennen. Koalitionen sind naturgemäß immer Zusammenschlüsse auf Zeit. Die Politiker des Bündnispartners werden daher in Wahlkämpfen als Konkurrenten betrachtet und es wird das Ziel verfolgt, die jeweiligen Mitbewerber aus der Koalition in den Wahlbezirken zu besiegen. Die Tatsache, dass es die Conservatives auf die Mandate der Liberal Democrats abgesehen hatten, führte im Umkehrschluss zur Verbitterung Cleggs, der durch das desaströse Ergebnis seiner Partei bei der Europawahl 2014 schon angeschlagen war. Er entschied sich für eine deutliche Abgrenzung von den Tories und griff den Premierminister mit verbalen Attacken im zweiten TV-Duell an, wovon er aber keineswegs profitieren konnte.

Geholfen hat den Conservatives auch eine Verjüngung ihres politischen Personals. Mit der Unterhauswahl 2015 hat sich deren Fraktion also nachhaltig verändert. Es sind überdurchschnittlich viele Fraktionsmitglieder neu in das Unterhaus gewählt worden, die tendenziell proeuropäischer als ihre Vorgänger gesinnt sind, was die Übereinstimmung mit Positionen ihrer Mitbewerber der Liberal Democrats in den Wahlbezirken erhöhte und ehemalige Wähler der Liberalen bewegen haben könnte, dieses Mal für die Conservatives zu votieren, zumal dieser Entschluss gleichzeitig eine absolute Mehrheit der Tories wahrscheinlicher und eine Regierungsbildung zwischen der Labour Party und der SNP unwahrscheinlicher werden ließ.

Cameron befeuerte darüber hinaus im Wahlkampf die Spekulationen über eine mögliche Koalition zwischen diesen beiden Parteien, um die Erfolgsaussichten der Labour Party empfindlich zu schmälern. Gestützt wurde diese Taktik des Premierministers durch die Umfragen, die allesamt „ein ‚hung parliament‘ bzw. ein Patt [...] prognostizierten“³. Eine eigene Mehrheit wäre demnach beiden großen Parteien versagt geblieben und mindestens die Duldung durch eine andere Kraft im Parlament erforderlich geworden. Letztlich kam es anders und die Conservatives errangen die absolute Mehrheit.

Umfragen sollten in Großbritannien ohnehin mit Vorsicht betrachtet werden. Eine präzise Vorhersage hätte umfangreicher „Analysen in allen Wahlkreisen“⁴ bedurft. Zudem wurden viele Wahlbezirke sehr knapp gewonnen.

Indem Cameron die SNP geradezu dämonisierte, fühlten sich besonders nichtschottische Wähler dazu bewegt, der Labour Party den Rücken zu kehren, der es außerdem nicht gelungen war, sich eindeutig als politische Alternative zu positionieren. Ferner attestierte die Bevölkerung der Labour Party in diesem Unterhauswahlkampf eine geringe ökonomische Kompetenz.⁵ Ed Miliband konnte seine Sympathiewerte nicht erhöhen und blieb recht unpopulär. Zudem wurde der Labour Party eine geringe Strategiefähigkeit bescheinigt.

In Schottland indes haben viele ehemalige Anhänger der Labour Party dieses Mal für die SNP votiert, da auch die SNP ein eher linkes Profil hat und daneben schottische Interessen in Westminster kraftvoll durchzusetzen versucht. Die relative Schwäche der Labour Party und ihres Spitzenkandidaten Ed Miliband und der durch die Unabhängigkeitsbestrebungen Schottlands entfesselte Nationalismus und gestiegene Regionalismus führten dazu, dass die Wahl von Parteien wie der SNP bei den Wählern inzwischen als opportun gilt, zumal Regionalinteressen heutzutage eine breite mediale Aufmerksamkeit erfahren und daher eine größere Rolle bei der Wahlentscheidung spielen.

Im hochprofessionellen Wahlkampf der SNP standen der Kontakt und das Gespräch mit dem Wähler im Vordergrund. Die SNP kann auf eine sechsstellige Zahl Parteimitglieder zurückgreifen und ist so personell für einen Wahlkampf gut gerüstet. Das verlorene Refe-

rendum über die Abspaltung von Großbritannien hat das Engagement einfacher Parteimitglieder ohne Funktionen nicht verringert. Außerdem ist die schottische Ministerpräsidentin Nicola Sturgeon unangefochten im Amt. Ihre Wiederwahl im Jahr 2016 gilt als sicher. Auch wenn sie bei der Unterhauswahl nicht kandidiert hat, hat ihre Beliebtheit mit dazu beigetragen, dass viele Menschen in Schottland für die SNP votierten.

Aufgrund der Tatsache, dass sich Teile des Profils der Labour Party und der SNP überschneiden, ist ein Streit darüber entbrannt, welche der beiden Parteien die *wahre* sozialdemokratische Partei ist. Die früher in Schottland immer sehr erfolgreiche Labour Party hat den Norden des Landes bei der Unterhauswahl 2015 nahezu komplett an die SNP verloren. Dort erscheint die SNP vielen derweil als die *bessere* der beiden sozialdemokratischen Parteien, weil sie eine linke Programmatik mit Schottland-Themen zu verknüpfen vermag. Für die Labour Party ist diese Entwicklung besonders bitter, wurde sie doch von aus Schottland stammenden Politikern wie Blair, Brown, Cook, Darling und vielen weiteren bereichert und geprägt.

Eine Koalition zwischen der Labour Party und der SNP war aber trotz der Übereinstimmungen in mehreren Politikfeldern nie so zwangsläufig, wie im Wahlkampf suggeriert wurde. Selbst wenn diese beiden Parteien gemeinsam eine Mehrheit im Unterhaus erlangt hätten, hätten noch viele gegenseitige Vorbehalte überwunden werden müssen. Die Labour Party ist eine durch und durch britische Partei, weit entfernt von Nationalismen und Abspaltungsideen; beispielsweise als rein englische Partei ist sie aus heutiger Sicht nicht vorstellbar. Dagegen ist die SNP augenscheinlich eine regionale Partei, die die im Jahr 2014 knapp erfolglose Volksabstimmung über die Unabhängigkeit Schottlands vom Vereinigten Königreich initiierte. In diesem Zusammenhang ist hier kurz an das Ergebnis des Schottland-Referendums erinnert: 44,7 Prozent votierten für die Eigenständigkeit Schottlands, 53,3 Prozent dagegen.

Der antieuropäisch gesinnten Partei UKIP gaben viermal so viele Wähler ihre Stimme wie bei der Unterhauswahl 2010. Dennoch konnte UKIP nur ein einziges Mandat erringen. Anders als die Europawahl ist die Unterhauswahl nach wie vor eine reine Mehrheitswahl. Nur mit einem Sieg im Wahlbezirk kann die Eintrittskarte nach Westminster gelöst werden. Dies hat traditionell dazu geführt, dass Großbritanniens Parteiensystem als Zwei-Parteien-System gekennzeichnet wurde, weil in der Regel die beiden großen Parteien – die Conservative Party und die Labour Party – die überwiegende Anzahl aller Mandate gewannen. Mit den vergangenen Höhenflügen der Liberal Democrats und dem dieses Mal erreichten Erdrutschsieg der SNP ist das Unterhaus im 21. Jahrhundert vielfältiger geworden, so dass der Begriff Zwei-Parteien-System nicht mehr zutrifft.

Bilanz der Koalitionsregierung

Das von der Koalitionsregierung intendierte „Big-Society-Projekt“ kann als Äquivalent zum damaligen „Dritten Weg“ der Labour-Regierungen angesehen werden.⁶ Solche Ausrichtungen der jeweiligen Exekutive sind in Großbritannien typisch. Inhaltlich war mit dem „Big-Society-Projekt“ eine Entstaatlichung durch mehr Eigenverantwortung des Einzelnen verbunden. Immer mehr Aufgaben sollten zudem dezentral organisiert werden, was eine Stärkung der Kommunen bewirkt. Die Umsetzung läuft jedoch ziemlich schleppend. Zwar können derweil die lokalen Polizeichefs gewählt werden, andere kommunale Projekte verharren noch in unterschiedlichen Planungsphasen.

Die Regierung wollte wichtige Verfassungsreformen anstoßen: Das Referendum „Alternative Vote“ ist allerdings vor allem wegen der schlechten Vorbereitung gescheitert. Die Reduktion der Anzahl der Sitze im Unterhaus schlug ebenfalls fehl. Den Plan eines künftig gewählten Oberhauses konnte die Regierung auch nicht implementieren. Erfolgreich waren die Umsetzung der walisischen Devolution sowie die Umsetzung der Ergebnisse aus dem Kommissionsbericht in Bezug auf die Devolution in Schottland. Darüber hinaus gelang es, feste Legislaturperioden einzuführen. Dass bei künftigen Kompetenzübertragungen auf die EU-Ebene zwingend Referenden vorgesehen sind, kann ebenfalls als Erfolg der Regierung Cameron / Clegg bezeichnet werden.

Insgesamt sind die Conservatives während der Koalitionsregierung nicht so kämpferisch aufgetreten wie die Liberal Democrats. Von den Wählern wurden sie nicht als verbissen, sondern als kompromissfähig und pragmatisch eingeschätzt, was bei der Unterhauswahl im Mai 2015 goutiert wurde. Den kleinen Koalitionspartner haben die Konservativen geradezu inhaltlich erdrückt, da sie der liberalen Programmatik viel Raum gelassen haben.

Zwar ist der liberale Konservatismus bei Mitgliedern der Tories nicht sonderlich beliebt. Diese haben sich aber wegen der Erfolgsaussichten in der Koalition mit diesem möglichen und vernunftorientierten Kurs einverstanden gezeigt, was sich Cameron als strategischen Coup auf die Fahnen schreiben kann.⁷ Die Koalition blieb die vollen fünf Jahre über bestehen, obwohl es hierfür im Land der Ein-Parteien-Regierungen keine Vorbilder gab.

Spitzenkandidaten aus der politischen Mitte als Erfolgsgaranten?

Premierminister David Cameron wurde überdies von der Bevölkerung nicht als Konservativer wahrgenommen. Eine Person an die Spitze einer Partei zu stellen, die nicht die genuinen inhaltlichen Merkmale der Partei punktgenau widerspiegelt, sondern eher in dem zur politischen Mitte reichenden Flügel dieser Partei verortet ist, ist ganz offensichtlich ein Erfolgsrezept, das nicht nur in Großbritannien beobachtet werden kann.

Auch Gerhard Schröder und Angela Merkel sind stärker in der politischen Mitte beheimatet als ihre jeweiligen Parteien, also Schröder weniger links als die SPD und Merkel weniger konservativ als die CDU. So gelang es beiden, zusätzliche Wähler in der politischen Mitte anzusprechen. Letztlich hat diese Strategie aber mit dazu beigetragen, dass sich die jeweils von der politischen Mitte am meisten entfernten Flügel vernachlässigt fühlten, wodurch Parteien wie die Linke und die AfD entstehen konnten.

Die zwischen 1997 und 2010 regierende und in den Anfangsjahren dieses Zeitraums nicht zu bezwingende Partei „New Labour“ war eine absolute Ausnahme, weil die Partei nie so dominant gewesen ist wie unter Tony Blair, wenn man von dessen letzter Phase als Premierminister absieht, als sich Abnutzungerscheinungen einstellten, was bei sehr langen Regierungszeiten keine Seltenheit ist. Der Niedergang der Labour Party wurde bereits in der letzten Amtszeit unter Blair eingeläutet und setzte sich unter dessen Nachfolger Gordon Brown fort, bis sie ihren vorläufigen Höhepunkt unter Ed Miliband fand. Die Wahl Jeremy Corbyns zum Vorsitzenden ist eine Zäsur, die die Abwärtsbewegung der Labour Party beschleunigen kann. Unter Corbyn als neuem Vorsitzenden mutiert die Labour Party zurück zu „Old Labour“, einer zwar prinzipientreuen, aber eben auch sozialistischen Partei, die die Programmatik der politischen Mitte möglicherweise aufgibt.

Die Labour Party hat traditionell immer dann Erfolge gefeiert, wenn der Spitzenkandidat in der politischen Mitte verortet gewesen ist, also weniger links erschien als die Partei.⁸ Mit linken Bewerbern hat die Labour Party schlechte Erfahrungen gesammelt, da moderate Linke und in der politischen Mitte verwurzelte Briten, die für eine sozialdemokratische Partei um den Ex-Vorsitzenden Blair bei früheren Unterhauswahlen votieren konnten, keine sozialistische Ausrichtung, wie sie auch wieder von Corbyn verkörpert wird, zu unterstützen bereit sind. Es ist zu erwarten, dass die bisherigen Anhänger der Labour Party ihr in Scharen den Rücken kehren werden.

Was kommt nach dem Zwei-Parteien-System?

Nach dem Zweiten Weltkrieg haben sich Ein-Parteien-Regierungen der Conservatives und der Labour Party abgewechselt.⁹ Nach 1979 lassen sich lange Zeiträume der Kontinuität erkennen, zunächst 18 Jahre konservative Regierungen (1979-1997), anschließend 13 Jahre Labour-Regierungen (1997-2010).

2010 kam es dann notgedrungen zum Bruch mit dem traditionellen System der Ein-Parteien-Regierungen, da keine Partei die absolute Mehrheit im Unterhaus erzielte und eine Koalition erforderlich wurde. Nicht erst seither ist einiges im Fluss. Die Liberal Democrats konnten durch die Entsendung von Abgeordneten ins Europäische Parlament, wo sich die Anzahl der Mandate am landesweiten Stimmengewicht orientiert (Verhältnisauswahl), ihre mediale Präsenz sukzessive ausbauen und so langsam auch eine ernstzunehmende und eigenständige nationale Partei werden, deren Kandidaten bei der Unterhauswahl 2010 immerhin in 57 Wahlbezirken siegten, wo sie Mitbewerber der beiden traditionell großen Parteien auf die Plätze zwei und drei verwiesen.

Durch die wachsende Eigenständigkeit – allen voran Schottlands – erstarkte die SNP. Schottische Wahlbezirke werden seit Mai 2015 im Unterhaus fast ausschließlich von SNP-Politikern vertreten, was eine politische Einseitigkeit ohne Zweifel mit sich bringt. So genannte Anti-Establishment-Parteien wie UKIP, die sich bewusst jenseits des Mainstreams positionieren, erleben Höhenflüge, auch wenn im Falle der United Kingdom Independence Party die Anzahl der Mandate wegen des Mehrheitswahlsystems trotz der Vervielfachung der Stimmen unverändert blieb. Die Vertretung der Partei im Europäischen Parlament und ihr Erdrutschsieg bei der Europawahl 2014 garantieren ihr jedoch auch ohne Mandatszuwächse in Westminster mediale Aufmerksamkeit. Gleichzeitig führt solch eine Festlegung wie jene, sich von etablierten Parteien und deren Programmatik deutlich abzusetzen, zu mehr Auswahl an zu wählenden Parteien und Kandidaten, was der Pluralisierung und Differenzierung, die nicht nur in Großbritannien, sondern in fast allen westlichen Gesellschaften zu beobachten ist, entspricht.

Die Conservatives und die Labour Party stehen vor weiteren Herausforderungen, die ihre derzeitige Bedeutung verringern könnten: Das EU-Referendum kann für die Conservatives sowie der sozialistische Kurs Corbyns für die Labour Party zur jeweiligen innerparteilichen Belastungsprobe werden.

Aktueller kultureller Wandel

Das Schottland-Referendum hat den gesellschaftlichen und kulturellen Wandel im Vereinigten Königreich offenbart. Dass das Land auseinanderbrechen könnte, gilt inzwischen als eine realistische Option, auch wenn die Befürworter einer Abspaltung Schottlands bei der Volksabstimmung im Jahr 2014 knapp scheiterten. Ein nächstes Referendum über den Verbleib Schottlands in Großbritannien wird von der SNP bereits vorbereitet.

Im 20. Jahrhundert war solch ein Nationalismus oder Regionalismus, gar die Abspaltung eines Landesteils, undenkbar. Dafür gab es aber auch keine nennenswerte regionale Selbstbestimmung, sondern eine Machtkulmination in Westminster. Die meisten Menschen im Land fühlen sich – zumindest bisher – in erster Linie als Briten. Möglicherweise führt der gegenwärtige Wandel dazu, dass sich die Einwohner in Zukunft vorzugsweise als Engländer, Waliser, Schotten etc. definieren.

Agenda der neuen konservativen Regierung

Es kann davon ausgegangen werden, dass die Conservatives bei einer knappen Mehrheit wie aktuell mit nur 11 Stimmen stabiler regieren, als wenn sie einen deutlicheren Stimmenvorsprung erzielt hätten. Die Furcht vor innerfraktionellen Revolten durch Hinterbänkler ist in der jetzigen Legislaturperiode geringer, da Politiker das schädigende Potenzial einer Abweichung von der Fraktionsdisziplin in der Regel miteinkalkulieren.¹⁰ Sollte die Mehrheit bei einer Abstimmung im Unterhaus verfehlt werden, kann das den Sturz der eigenen Regierung zur Folge haben. Nicht auszuschließen ist aber genau dieses Szenario, zumal sich eine fraktionsinterne Gruppe der Europaskeptiker bereits gebildet hat, die aus 50 Abgeordneten besteht. Beispielsweise aus Frust über positive Umfragewerte zugunsten eines britischen Verbleibs in der EU könnten sie einen Streit anzetteln und die Mehrheit der Tories zu Fall bringen.

Generell werden zwar keine substanziellen Veränderungen der Politik Camerons erwartet, das konservative Profil der Regierung wird aber gewiss sichtbarer, da es keinen Koalitionspartner mehr gibt. Die Ziele der neuen Regierungspolitik werden unter „Bring Britain back together“ subsumiert. In der traditionell von Königin Elisabeth II. vorgetragenen Thronrede über die Regierungsagenda heißt es dazu: „My government will [...] adopt a one nation approach [...] and bringing different parts of the country together.“¹¹ Ob die in der Queen’s Speech geäußerten und darüber hinaus als Wahlkampfversprechen unter dem Titel „Strong leadership – a clear economic plan – a brighter, more secure future“ formulierten Intentionen der konservativen Regierung diesem hohen Anspruch genügen, soll im Folgenden behandelt werden.

Neben dem Referendum über den Verbleib Großbritanniens in der EU, das die Regierung zum Anlass nehmen will, zuvor seine Beziehung zur EU neu zu justieren und dabei die europäischen Institutionen zum Vorteil aller Mitgliedsländer zu reformieren,¹² geht es vorwiegend um Haushaltspolitik: Ein Sparprogramm soll das Defizit abzubauen helfen, außerdem strebt die Regierung sowohl einen Haushaltsausgleich als auch einen Haushaltsüberschuss im Jahr 2020 an. Bürokratiekosten sollen gesenkt und die Besteuerung der Unternehmen vereinfacht werden. Eine neu einzurichtende Behörde soll sich fortan mit der Streitschlichtung zwischen Unternehmen beschäftigen.

Die Conservatives betrachten sich als Partei der arbeitenden Bevölkerung. Dies wird durch die wiederholte Formulierung „helping working people“¹³ betont. Wer bis zu 30 Wochenarbeitsstunden tätig ist und nur den Mindestlohn verdient, wird in Zukunft nicht mehr mit Steuern belegt.¹⁴ Dies kann erreicht werden, indem der Steuerfreibetrag in einem ersten Schritt auf 12.500 Pfund angehoben wird. Die Einkommens- und die Mehrwertsteuer sollen in den kommenden fünf Jahren nicht erhöht werden.¹⁵

Das Gleiche gilt für den National Insurance, den Sozialbeitrag, dessen Höhe während dieser Legislaturperiode ebenfalls nicht angetastet wird.¹⁶ Kleinere Unternehmen werden von weiteren Auflagen befreit, wodurch sich die Regierung die Schaffung neuer Arbeitsplätze erhofft.¹⁷ Jährlich will sie einen Bericht vorlegen, der über die neuen Jobs informiert.¹⁸

Die staatliche Rente wird dreifach im Wert geschützt.¹⁹ Dies soll helfen, Senioren im Alter vor den Wechselfällen des Lebens zu schützen. Erwerbstätige Eltern kleiner Kinder im Alter von drei und vier Jahren werden bei der Kinderbetreuung besser unterstützt.²⁰ Der Besuch der Einrichtungen bleibt bis 30 Stunden pro Woche kostenfrei, was einer Verdopplung im Vergleich zur bisherigen Praxis entspricht.

Nahezu alle staatlichen Leistungen für Personen im erwerbsfähigen Alter werden eingefroren.²¹ Hierzu zählen vor allem die „tax credits“, also Zuschüsse für Geringverdiener. Die Grenze, bis zu der staatliche Leistungen bezogen werden können, wird bei 23.000 Pfund festgezurr. Streiks können in Zukunft dann verboten werden, wenn nicht 40 Prozent aller wahlberechtigten Gewerkschaftsmitglieder dafür stimmen. Folgendes Ziel wird ausgegeben: „protect essential public services against strikes“²².

Demnächst sind in der Bildungspolitik staatliche Eingriffe leichter durchzuführen. So sollen Schulen, die zu scheitern drohen, zügig in Akademien umgewandelt werden können.²³ In den National Health Service (NHS) sollen jährlich weitere 8 Mrd. Pfund gesteckt werden. Außerdem wird sichergestellt, dass der Gesundheitsdienst an allen sieben Tagen in der Woche von Erkrankten aufgesucht werden kann.²⁴

Von geradezu explodierenden Immobilienpreisen in Ballungszentren ist auch Großbritannien betroffen. Um Normalverdienern die Chance auf ein Eigenheim oder eine Eigentumswohnung zu bieten, soll die im Vergleich zu Deutschland höhere Eigentümerquote weiter steigen. Für Mieter in so genannten „housing associations“ soll es vereinfacht werden, die von ihnen bewohnten Immobilien käuflich zu erwerben.²⁵

Die Stärkung der Städte geht einher mit einer Machtverlagerung zugunsten der kommunalen Ebene.²⁶ Diese bescheidene Abkehr vom Zentralismus soll „dem Magneten London entgegenwirken“²⁷, indem die nordenglischen und vom Niedergang der Schwerindustrie betroffenen Großstädte Birmingham, Liverpool und Manchester zu einem „northern powerhouse“²⁸ weiterentwickelt werden und auch zur Einheit des Landes beitragen.

Mit zusätzlichen Befugnissen werden Schottland, Wales und Nordirland rechnen können.²⁹ Je mehr Entscheidungen in der Region bzw. vor Ort getroffen werden, desto größer ist die Hoffnung der Regierung, Abspaltungstendenzen einzelner Landesteile vorzubeugen. Die Kommunen erhalten zudem demnächst die Einnahmen aus der Gewerbesteuer. Die Dezentralisierung wird auch in Energiefragen nicht ausgenommen. Gemeinden werden mehr Mitsprache und ein Einspruchsrecht gegen die Errichtung von Windparks eingeräumt. Um die Mobilität zwischen den Regionen zu fördern, soll die Bahninfrastruktur mit dem Bau des ersten Abschnitts einer Hochgeschwindigkeitsstrecke von London zu den West Midlands verbessert werden.

Beschleunigt werden sollen die Aktivitäten zu einer „British Bill of Rights“,³⁰ die mittelfristig den „Human Rights Act“ ablösen soll. Schon während der Koalitionsregierung war Juniorpartner Nick Clegg mit der Ausarbeitung sowie Umsetzung dieser Verfassungsreform betraut worden, konnte jedoch keine greifbaren Ergebnisse liefern. Auch werden die Rechte von Verbrechenopfern ausgeweitet. All jene, die in einem Strafprozess darauf hoffen, auf Kautions freizukommen, trifft die Reform des „Police and Criminal Justice Bill“. So soll die Entlassung auf Kautions auf vier Wochen vor der Anklageerhebung begrenzt werden. Dieser Zeitraum kann verlängert werden, wozu aber zwingend ein richterlicher Beschluss erforderlich ist. Gesetzesverschärfungen drohen beim Handel mit so genannten „legal highs“. Zum einen wird dieser zum Straftatbestand erhoben, zum anderen mit einem Strafmaß von bis zu sieben Jahren Haft belegt.

Die Maßnahmen in der inneren Sicherheit lauten wie folgt: Dem Gesetz zur Überwachung der Kommunikationsdaten steht eine Generalüberholung an.³¹ Extremistengruppen können künftig leichter verboten werden. Moscheen, in denen radikales Gedankengut vertreten und verbreitet wird, können geschlossen werden. Extremistische Sendungen sollen konsequenter überwacht werden. Die zentrale Vokabel im Zusammenhang mit der Einwanderung lautet Kontrolle. Die Beschäftigung von Personen ohne legalen Aufenthaltstitel wird zukünftig als Straftat geahndet.

Kurz soll auch die außen-, verteidigungs- und sicherheitspolitische Agenda vorgestellt werden:³² Hier kann die Regierung auf lange Kontinuitätslinien zurückblicken, während die Innenpolitik demgegenüber als recht volatil erscheint. In der aktuellen Ein-Parteien-Regierung müssen die Konservativen keine Rücksicht mehr auf die Liberalen nehmen, weswegen eine grundsätzlich stärkere konservative Haltung auch in Sicherheitsfragen auszumachen ist. Die Conservatives werden die britische Außen-, Sicherheits- und Verteidigungspolitik deshalb noch deutlicher auf die USA ausrichten. Die USA sind für Großbritannien und erst recht aus Sicht der Tories ein strategischer Anker, während die Zukunft des Vereinigten Königreichs in der EU wegen des möglichen Brexit als ungewiss gilt. Anders als bei den Liberalen und der Labour Party ist die EU für die Conservatives nie die favorisierte Option in diesen drei Politikfeldern gewesen, sondern die transatlantische Beziehung, eingebettet in die „special relationship“ zu den USA, ist das prägende Moment.

Großbritannien möchte das Ausgabenziel von 2 Prozent des BIP für Verteidigung einhalten, auch wenn zahlreiche NATO-Partner dieses verfehlen und Großbritannien keinen Einfluss auf die Haushalte der anderen Länder nehmen kann. Im Schnitt wenden NATO-Mitglieder 1,4 Prozent des BIP für Verteidigung auf, die USA sogar 3,5 Prozent. Durch die Bindung an das BIP ist diese Zielmarke dynamisch. Großbritanniens Verteidigungshaushalt umfasst heute 35 Mrd. Pfund. Bis 2020 ist eine Erhöhung auf 39 Mrd. Pfund vorgesehen. Angesichts des erwarteten Wirtschaftswachstums müsste eine Erhöhung auf 46 Mrd. Pfund angepeilt werden, um das Zwei-Prozent-Ziel nicht zu brechen.

Bereits eingeleitete Reformen der neuen konservativen Regierung

Erste Maßnahmen wurden schon auf den Weg gebracht: Der Mindestlohn wurde erhöht und soll bis 2020 auf 9 Pfund ansteigen, öffentliche Ausgaben wurden dagegen gesenkt. Finanzminister George Osborne schnürte ein Sparpaket von 20 Mrd. Pfund für die kommenden drei Jahre,³³ das in ganz besonderer Weise Sozialausgaben betrifft. Ausgenommen von den Kürzungen bleiben der NHS sowie die Politikfelder Bildung und Verteidigung. Massiv von den Einsparungen betroffen sind Menschen mit Behinderungen, arme Menschen und Kinder, die sich in der Obhut der Kommunen befinden. Das „Trades Union Bill“ wurde auch schon verabschiedet: An Urabstimmungen müssen sich von nun an mindestens über 50 Prozent beteiligen. Streikbrecher werden besser geschützt. Hohe Wellen schlug die Reduktion der Subventionen an die BBC, die die Regierung vornahm; die Fernsehanstalt erhält keine Gebühren mehr für über 75-Jährige. Dem „home growing terrorism“ wird mit dem Mittel des Passenzugs begegnet. Dieser ist zügiger als in der Vergangenheit möglich.

Die mit der Regierungsagenda verbundenen gesellschaftlichen Veränderungen

Die sozialen Unterschiede und damit die Spaltung der Gesellschaft in Arm und Reich werden aller Voraussicht nach weiter wachsen. Statt der gesamten Bevölkerung hat die Regierung schwerpunktmäßig die Erwerbstätigen, die Vollzeit arbeiten, im Blick und versucht, deren Situation zu verbessern. „Der Staat zieht sich in fast allen Bereichen des öffentlichen Lebens zurück.“³⁴ Bei den Schwächsten in der Gesellschaft hat Osborne den Rotstift angesetzt, vor allem bei armen und behinderten Menschen.

Der Druck auf Arbeitslose und Arbeitnehmer in Teilzeit oder prekären Beschäftigungsverhältnissen wird aller Wahrscheinlichkeit nach zunehmen, da Unterstützungsleistungen für Erwerbslose und Menschen im erwerbsfähigen Alter nicht erhöht werden. „Planned welfare cuts will lead to an increase of 200.000 in the number of working households living in poverty by 2020.“³⁵ Bezogen auf alle Haushalte – also unabhängig davon, ob darin mindestens eine Person erwerbstätig ist oder alle Familienmitglieder keine Arbeit gefunden haben – wird sogar eine Steigerung der Armut um 700.000 auf 4 Mio. am Ende dieser Legislaturperiode prognostiziert.³⁶

Der Einfluss von Gewerkschaften wird sinken, da Streiks in Zukunft leichter verboten werden können. Die Folge wird sein, dass gerade Menschen in prekären Beschäftigungsverhältnissen so keinen starken Partner mehr an ihrer Seite haben, um ihre Arbeitnehmerrechte zu verteidigen und für bessere Rahmenbedingungen ihrer Beschäftigung zu kämpfen. Die sozialen Verwerfungen verhindern, dass allen Menschen in Großbritannien Teilhabe am gesellschaftlichen Leben vollumfänglich ermöglicht wird.

Die Exklusion weiterer Bevölkerungsteile kann auch Auswirkungen auf das Wahlverhalten haben und Wahlabstinenz befördern. Wenn sich der Eindruck verfestigt, die Politiker kümmern sich nicht um die Beseitigung sozialer Probleme und die Verbesserung der Rechte von Geringverdienern, könnten die Betroffenen verstärkt so genannten Anti-Establishment-Parteien ihre Stimme geben, die Abgeordneten vorhalten, nur aus Eigennutz Politik zu betreiben und das Gemeinwohl aus den Augen verloren zu haben. Ein Szenario ist auch, dass immer mehr Menschen dem Urnengang fernbleiben, was ein weiteres Absinken der Wahlbeteiligung bedeuten würde.

Auf dem Parteitag der Conservative Party in Manchester im Oktober 2015 versprach Premierminister Cameron, „die Ungleichheit im Land anzugehen, deutlich mehr bezahlbaren Wohnraum zu schaffen und sich für eine gerechtere Gesellschaft einzusetzen“³⁷.

Noch ist unklar, ob es sich hierbei um reine Rhetorik gehandelt hat oder die Einsicht bei Cameron gereift ist, eingeleitete harte Reformmaßnahmen zu überdenken und abzumildern, zumal die Einsparungen im sozialen Bereich „in den eigenen Reihen höchst um-

stritten“³⁸ sind. Cameron „klang [während seiner Parteitagsrede] wieder wie der Mann, der sich vor zehn Jahren mit der Idee des ‚mitfühlenden Konservatismus‘ um den Parteivorsitz beworben hatte“³⁹.

Die Regierungsagenda und die bereits eingeleiteten bzw. noch geplanten Einsparungen sind schwierig mit Camerons Worten in Manchester zu verbinden.⁴⁰ Seine betont auf Ausgleich gerichtete Rhetorik und seine leise Selbstkritik an seinen Reformmaßnahmen sind möglicherweise auch eine Reaktion auf die Wahl des Linken Jeremy Corbyn zum Oppositionsführer.

Vom Außenseiter zum neuen Vorsitzenden der Labour Party: Jeremy Corbyn

Mitte September 2015 wurde der zum linken Flügel der Labour Party zählende und in vielen Medien als Rebell bezeichnete Jeremy Corbyn zum Vorsitzenden seiner Partei gewählt. Im britischen System rückte er damit automatisch zum Oppositionsführer auf. Gleich im ersten Wahlgang setzte er sich mit knapp 60 Prozent gegen die drei Mitbewerber Andy Burnham, Yvette Cooper und Liz Kendall durch. Eine Stichwahl zwischen den beiden Bestplatzierten war nicht mehr nötig. Profitiert hat er auch vom neuen Wahlmodus, dem zufolge auch Nichtparteimitglieder und Nichtgewerkschafter, die sich zum Preis von 3 Pfund als Unterstützer registrieren ließen, abstimmen konnten.

Wenige Wochen zuvor galt Corbyns Kandidatur noch als aussichtslos, wurde wegen dessen teils unrealistischen Positionen belächelt und nicht ernstgenommen. Erst kurz vor Ablauf der Frist hatte Corbyn die notwendige Zahl Unterstützer zusammen, um an der Wahl überhaupt partizipieren zu können. Doch innerhalb sehr kurzer Zeit avancierte er zum Star vieler sehr linker und sozialistisch eingestellter Anhänger.

Frühere Parteispitzen und führende Fraktionsmitglieder der Labour Party befürchten nun den Niedergang und den Sturz der Partei in die politische Bedeutungslosigkeit. Einige von ihnen wie Tony Blair warnten im Vorfeld offen und öffentlichkeitswirksam vor der Stimmabgabe für Corbyn. Durch dessen Wahl werden sich die verbalen Feindseligkeiten zwischen Corbyns Anhängern, die sich gestärkt fühlen, und dem eher zur politischen Mitte zählenden Partei-Establishment intensivieren.⁴¹

Eigene Fraktionsmitglieder „betrachten ihn als Fremdkörper“⁴². Die allermeisten haben seine Kandidatur um den Parteivorsitz nicht nur nicht unterstützt, sondern alles daran gesetzt, dass einer seiner Mitbewerber die Mehrheit erlangt. Uneingeschränkte Loyalität kann Corbyn von ihnen also nicht erwarten. Im Gegenteil arbeiten viele schon an seiner Ablösung,⁴³ sind sie doch an einem guten Ergebnis der Labour Party und ihrem Wiederein-

zug in das Unterhaus bei der nächsten Wahl im Jahr 2020 höchst interessiert. „Significant parts of whose establishment will want to dump him before the next election.“⁴⁴

Kurzfristige „Putschpläne scheinen einstweilen vom Tisch, [schließlich] tastet man einen Urwahlsieger nicht ungestraft an“⁴⁵. Niemand in der Fraktion will, dass ihm der Makel anhaftet, den Sturz des Oppositionsführers angezettelt zu haben. Eine gute Gelegenheit zur Absetzung Corbyns werden die Labour-Abgeordneten gewiss abwarten. Im Mai 2016 könnte ein schlechtes Abschneiden ihrer Partei bei den Wahlen in Schottland, Wales oder London eine innerparteiliche Dynamik auslösen, an deren Ende ein neuer Vorsitzender bestimmt wird.⁴⁶

Bislang scheint Corbyn unfähig zu sein, Kompromisse einzugehen,⁴⁷ eine Kompetenz, die er im neuen Amt erst noch lernen muss,⁴⁸ nicht nur für den innerparteilichen Frieden, sondern auch für die nötige Unterstützung und Gefolgschaft der Fraktion. Zu einem ersten Zugeständnis an die Fraktion hat er sich bereits durchgerungen: Einen NATO-Austritt fordert er nicht mehr.⁴⁹

In seiner ersten Fragestunde als Oppositionsführer verhielt sich Corbyn bewusst rational, was die in der Vergangenheit oftmals in verbalen Krawall ausartenden Aufeinandertreffen kontrastierte. Corbyn setzte auf personalisierte Fragen, die er zuvor aus 40.000 Einsendungen seiner Unterstützer ausgewählt hatte. So wollte er sich als bürgernaher Politiker präsentieren und zwang auch Cameron Sachlichkeit auf,⁵⁰ der sich angesichts der Namensnennung der Fragesteller ebenfalls betont nüchtern gab und „sich nicht über die Fragen lustig machen konnte – er hätte ja namentlich genannte Wähler beleidigt“⁵¹.

Als Oppositionsführer wird Corbyn nun etwa auch in Staatsgeheimnisse eingeweiht. Noch ist davon auszugehen, dass er solche „als sinistren Ausdruck imperialen Gebarens begreift“⁵². Er wird noch beweisen müssen, im neuen Amt verantwortungsvoll angekommen zu sein. Indessen sind seine Anhänger davon überzeugt, die Regierungszeit der Labour Party unter Blair sei unbedeutend und einfallslos gewesen, da in dieser Zeit eine Politik verfolgt wurde, die keine großen Unterschiede zu konservativen Regierungen gezeigt hatte. Die Politik des „Dritten Wegs“ betrachten sie demnach nicht unter sozialliberalen Aspekten, mit denen sie sich einverstanden hätten erklären können, sondern nur in Bezug auf Schnittmengen mit den Conservatives.⁵³

Mit Corbyn verbinden sie die Hoffnung auf einen Politik- und Prioritätenwechsel, zumal er es war, der beim Modernisierungsprozess der Labour Party unter Tony Blair in den 1990er-Jahren das Nachsehen hatte.⁵⁴ Sie wünschen sich mehr soziale Gerechtigkeit und halten „den Mainstream für moralisch zweifelhaft“⁵⁵. Prinzipientreue stellen sie über Pragmatismus und vergessen darüber, dass Parlamentswahlen gewonnen werden müssen, um wenigstens Teile der eigenen Inhalte umsetzen zu können.⁵⁶

Derweil nimmt nach Corbyns Wahl der mentale Abstand zwischen Fraktionsmitgliedern und der Basis in der Labour Party offenkundig zu. „Gemäßigte Labour-Abgeordnete scheinen nicht genau zu wissen, wie sie auf die neue Begeisterung an der Basis reagieren sollen.“⁵⁷ Ist diese nur ein Intermezzo oder doch dauerhaft, fragen sie sich mit Blick auf die Unterhauswahl 2020.

Über viele Legislaturperioden hinweg fristete Corbyn im Unterhaus ein Dasein als Hinterbänkler. Nennenswert in Erscheinung getreten ist er bis zu seiner Kandidatur nicht. Als neuer Parteivorsitzender und Oppositionsführer kann er auf keinerlei Erfahrung in wichtigen Ämtern aufbauen. Von allen Seiten wird ihm darüber hinaus attestiert, bei der nächsten Unterhauswahl, sollte er bis dahin parteiintern noch nicht abgelöst worden sein, ohnehin zu verlieren.⁵⁸

Bis zu 533 Voten gegen die Fraktionsdisziplin werden ihm nachgesagt. In Ländern mit reinem Mehrheitswahlssystem kommen Brüche der Fraktionsdisziplin häufiger vor, da Politiker nicht fürchten müssen, bei der Wiederaufstellung mit einem schlechten Listenplatz abgestraft zu werden, da es keine Landes- oder Bundeslisten gibt.⁵⁹ Im Wahlbezirk wird ein nichtkonformes Abstimmungsverhalten manchmal sogar sehr positiv aufgenommen. Als Beispiel dienen lokale Interessen, die durch ein abweichendes Votum betont werden sollen. In der Folge können diese Politiker ihren Bekanntheitsgrad im Wahlbezirk meist vergrößern.

Dieser Aspekt ist zum einen ein wichtiger Grund dafür, warum Corbyn in der Vergangenheit nicht für Ämter in der Labour-Fraktion vorgesehen war. Ein fraktionskonformes Abstimmungsverhalten ist schließlich der Garant dafür, wichtige Positionen zu bekleiden.⁶⁰ Zum anderen ist dieser Umstand für seine Anhänger wesentlich. Denn so unterscheidet sich Corbyn von seinen Politikerkollegen deutlich, denen nachgesagt wird, eigene Meinungen allzu oft um der Karriere willen zu opfern und immer um ein geschlossenes Abstimmungsverhalten der Fraktion bemüht zu sein sowie niemals oder nur äußerst selten selbst gegen die Fraktionsdisziplin zu votieren. Außerdem schätzen sie seine Bescheidenheit, „seit Jahren ist Corbyn der Abgeordnete mit den geringsten Ausgaben“⁶¹.

Die bisher auf die Mitte steuernde „New Labour“ und ein Premierminister der Tories, der nicht konservativ daherkommt, haben die Unterscheidbarkeit der großen Parteien verringert. Corbyn vertritt nun einen Gegenentwurf und zeigt erkennbare Alternativen zur Politik der letzten zwei Jahrzehnte auf.⁶² Im Wettstreit mit der SNP, wer von beiden die *wahre* sozialdemokratische Partei ist, verschärft die Labour Party unter Corbyn ihr linkes Profil, so dass besonders in Schottland noch mehr einstige Labour-Wähler in Zukunft vermutlich für die vermeintlich gemäßigtere SNP votieren werden.

Die Kandidatur Corbyns bewog 15.000 seiner Unterstützer, Parteimitglied zu werden. „Mr Corbyn has attracted tens of thousands of idealistic new members and registered supporters to the party.“⁶³ In den ersten vierzehn Tagen nach seiner Kür zum Parteichef erklärten weitere 62.000 ihren Beitritt. Dieses neu entfachte Interesse an Politik ist in Zeiten steigender Wahlmüdigkeit und angesichts des besonders in Großbritannien diagnostizierten Individualismus zu begrüßen. „Britain is the most individualistic country in Europe; a place of ‚rampant consumerism‘ where ‚the route of happiness is through personal fulfilment‘ rather than collective endeavour.“⁶⁴ Jedoch birgt dieser Trend zu politischem Engagement die Gefahr, nicht langfristig zu sein, da Corbyns Überzeugungen schwierig umzusetzen sind, weil sie teils unrealistische Absichten beinhalten. Dadurch könnten sich seine Anhänger enttäuscht wieder von der Politik zurückziehen.⁶⁵

Besonders junge Leute fühlen sich von Corbyn angesprochen.⁶⁶ Schon das Schottland-Referendum, bei dem auch 16- und 17-Jährige wahlberechtigt waren, genoss eine hohe Akzeptanz bei Heranwachsenden und führte dazu, dass sich junge Leute nicht nur in Schottland, sondern im gesamten Vereinigten Königreich wieder verstärkt mit Politik beschäftigen. Corbyn trifft mit seiner unkonventionellen Art den Nerv vieler Menschen. So will er sein Ziel erreichen, all jene, die sich bislang Wahlen entzogen haben – immerhin 34 Prozent der Bevölkerung bei der Unterhauswahl im Mai 2015 –, wieder für die Politik zurückzugewinnen. Dieser hehre Ansatz lässt nicht darüber hinwegtäuschen, dass es sehr fraglich ist, ob die Labour Party angesichts seiner Positionen überhaupt regierungsfähig ist.

Mit der Agenda der konservativen Regierung drohen die sozialen Verwerfungen im Land weiter zuzunehmen. „Corbyn hat dem Unbehagen über die wachsende soziale Ungleichheit ein Gesicht gegeben.“⁶⁷ Dieses wirkt auf seine Anhänger authentisch und „funktioniert als Projektionsfläche für linke Sehnsüchte“⁶⁸.

Entfremdung zwischen Politikern und Bevölkerung

Im reinen Mehrheitswahlsystem konzentriert sich der Wahlkampf naturgemäß auf die Wahlbezirke. Der Kontakt des Politikers zum Wähler ist hier unmittelbarer und die Bevölkerung hat den politischen Werdegang der Kandidaten meist über Jahre vor Ort beobachten können. Häufig ist der Vorwurf zu hören, Politiker hätten keine Antworten auf die alltäglichen Probleme der Menschen. Diese Entfremdung spielt sowohl Corbyn als auch der UKIP in die Hände, die sich beide – wenn auch unabhängig voneinander – bewusst vom heutigen Politikertypus absetzen wollen, der sich vermeintlich nur egoistischen Motiven und nicht dem Gemeinwohl verpflichtet sieht.

Viele Wähler der Anti-Establishment-Parteien fühlen eine Distanz zur Politik, sind gleichzeitig aber oft auch nicht gut über das politische Alltagsgeschäft informiert und darüber hinaus sozial sowie ökonomisch benachteiligt. Eine Veränderung der politischen Agenda und eine andere Prioritätensetzung der Regierung meinen sie, über die Unterstützung solcher Parteien zu bewirken. Nur durch den Druck dieser stärker werdenden Parteien können sich mittelfristig auch die Programmatik und das Auftreten klassischer Parteien verändern, so ihre Motivlage.

Das Erscheinungsbild etlicher Politiker ist alles andere als positiv. Sie werden von vielen Menschen als austauschbar und wenig meinungsstark beschrieben. Auch alle vier TV-Duelle im diesjährigen Unterhauswahlkampf waren von „allgemeinen Phrasen“⁶⁹ dominiert. Eindeutige inhaltliche Aussagen fehlten. Ihre Sprache ist selten allgemeinverständlich und ihre Formulierungen sind vorsichtig; sie werden nicht mehr als Politiker, sondern nur noch als Politikmanager wahrgenommen. Es bedarf weitreichender Anstrengungen, um die von etablierten Parteien enttäuschten Menschen wieder für Politik zu interessieren.

Der Niedergang der Ideologien, das Verschwinden der Narrative und der Bedeutungsverlust der Religionen haben ebenfalls dazu geführt, dass die Gesellschaft heutzutage nicht mehr mit politischen Themen vollumfänglich erreicht werden kann und darüber hinaus Forderungen an den Staat und die Politik gerichtet werden, deren Erfüllung die Menschen früher von der göttlichen Vorsehung erhofft haben. Die Politik gerät damit unter einen quasireligiösen Leistungs- und Erwartungsdruck, dem sie selbst bei bestem Willen überhaupt nicht standhalten kann. Ein realistischeres Maß in Bezug auf die Gestaltungskraft von Politikern muss daher wieder angestrebt und kommuniziert werden.

Dieser Gesichtspunkt geht einher mit dem Dilemma, dass Politiker trotz der ausufernden Erwartungshaltung meist nachrangig nach ihren politischen Erfolgen, sondern in erster Linie nach ihrer Authentizität bewertet werden.⁷⁰ Die Sehnsucht nach Prinzipientreue und Unterscheidbarkeit bei Politikern ist stärker im Fokus als das tatsächlich Erreichte.⁷¹ „Die Arbeit eines Politikers beginnt uns erst zu interessieren, wenn wir die Rolle der Persönlichkeit im politischen Kampf wahrnehmen.“⁷² So wissen Politiker zu erzählen, Wähler erwarteten von ihnen, dass sie mitfühlen. Politik muss aber mehr leisten, als Empathie mit den jeweiligen Lebenssituationen der Wähler zu zeigen. Der Fokus der Menschen liegt allzu oft „darauf, was für ein Mensch er [der Politiker] ist, statt darauf, wie er handelt und welche Programme er vertritt“⁷³.

Umsetzbarkeit der politischen Agenda Corbyns

Besonders in der Außenpolitik sind einige Überzeugungen Corbyns illusorisch. Ein Ende des britischen Atomwaffenprogramms, wie es Corbyn zumindest bislang anstrebte, scheint unrealistisch zu sein und wird von seinen Kritikern als Gefahr für die nationale Sicherheit bezeichnet. Den Austritt seines Landes aus der NATO fordert er derweil nicht mehr. Seine ablehnende Haltung in Fragen der Sicherheits- und Verteidigungspolitik bekundete er, indem er in der Vergangenheit gegen alle Kriegsbeteiligungen britischer Truppen stimmte. Aktuell positioniert er sich gegen Luftschläge und Drohnenangriffe in Syrien, die Islamisten gelten. Mit Argentiniens Präsidentin Cristina Fernández de Kirchner möchte er über die Zukunft der Falklandinseln verhandeln.⁷⁴ Im Nahostkonflikt hat er sich an die Seite der Palästinenser gestellt und öfter mit seiner Kritik an Israel deutlich überzogen und den sachlichen Pfad verlassen.

Während die Mehrheit der Labour Party den Verbleib Großbritanniens in der EU unterstützt, ist Corbyn für seinen Europaskeptizismus bekannt.⁷⁵ Mit Spannung wird daher erwartet, wie er sich in der Kampagne vor der EU-Volksabstimmung verhalten wird.

Sein Schwerpunkt liegt jedoch in der Innenpolitik. Die Sparpolitik der Regierung will er beenden, ein Konjunkturprogramm schnüren und für mehr soziale Gerechtigkeit eintreten. Der Einfluss von Gewerkschaften soll wieder stärker werden. Er geißelt die von vielen als „ungerecht, oft zynisch empfundene Austeritätspolitik“⁷⁶, der er mit einem starken Staat begegnen möchte. Nur dieser könne den „Globalisierungsdruck“⁷⁷ spürbar abmildern. Zudem plant er umfangreiche Verstaatlichungen – etwa auch von Unternehmen –, was ihm den Vorwurf einbrachte, eine sozialistische Programmatik zu vertreten. Mit einer Rücknahme der Bahnprivatisierung verspricht er sich eine Preisreduktion der Zugtickets. Als Republikaner möchte er die Monarchie abschaffen und sang demonstrativ beim Gedenkgottesdienst für Veteranen die Nationalhymne „God Save the Queen“ nicht mit.

Einige seiner Ideen könnten möglicherweise umgesetzt werden und wären ein programmatischer Ansatz zur innerparteilichen Versöhnung:⁷⁸ Corbyn fordert beispielsweise eine stärkere Regulierung der London City oder höhere Steuersätze für Wohlhabende. Die Haushaltsdisziplin aufzuweichen könnte er ebenfalls durchzudrücken versuchen. Einsparungen bei Menschen mit Behinderungen und Kindern in der Obhut der Kommunen zurückzunehmen, dies könnte Corbyn im Falle, dass er mit seiner Labour Party an die Macht kommt, recht leicht gelingen, da es sich hierbei um vergleichsweise geringe Ausgabeposten handelt.

Er hat die Absicht, die Labour Party nach links zu steuern. „Die Partei steht vor einer ähnlichen Wende, wie sie vor zwanzig Jahren der Veränderer Tony Blair herbeigeführt hat.“⁷⁹ Damit spricht er zwar jene an, denen der moderate, in die politische Mitte rei-

chende Kurs von „New Labour“ nicht gefallen hat. Seine Programmatik ist in der Bevölkerung jedoch keinesfalls mehrheitsfähig. Der Versuch einer Wiederbelebung der alten Arbeiterbewegung wird sich negativ auf die Labour Party auswirken, die sich auch Wählern in der politischen Mitte widmen muss, um gute Ergebnisse – wie früher unter Tony Blair – zu erzielen. Diese werden durch sozialistische Töne und Haltungen verschreckt und in die Arme der Conservatives getrieben.

Zu erwartende politische Erfolgchancen der Labour Party unter Jeremy Corbyn

Solange Jeremy Corbyn Vorsitzender der Labour Party sein wird, wird Cameron den Oppositionschef nicht fürchten müssen. „David Cameron is already stressing the contrast between his pragmatism and the ideological purism of Mr Corbyn and his supporters.“⁸⁰ Die nächste Unterhauswahl kann die Labour Party schon jetzt abschreiben. Der Wahlausgang steht bereits fest: Dank ihres Pragmatismus werden die Conservatives wieder siegen – nahezu gleichgültig, mit welchem Spitzenkandidaten sie ins Rennen ziehen werden. Die Überlegungen über Anti-Establishment-Parteien und Corbyn zeigen, dass beide zwar Gehör finden, Stimmen auf sich vereinigen und neue Zielgruppen erschließen können, aber keine Mehrheiten gewinnen werden.

Europäische Flüchtlingskrise

Der Bürgerkrieg in Syrien und die Lebensmittelengpässe in Flüchtlingslagern der Anrainerstaaten führen dazu, dass Hunderttausende Syrer nach Europa kommen. Zudem verlassen Menschen besonders aus dem Irak, Afghanistan, Eritrea und den subsaharischen Ländern ihre Heimat. Auch sie wollen in Europa ein neues Leben in Frieden und Freiheit beginnen. Allein die Flucht birgt lebensgefährliche Risiken: Auf den Routen durch die Saharawüste sterben Tausende Afrikaner. Im Mittelmeer kentern unzählige Boote und bringen statt der ersehnten Überfahrt nach Europa den Tod. Es handelt sich gegenwärtig um die größte Flüchtlingsbewegung in Europa seit dem Ende des Zweiten Weltkriegs.

Die meisten wollen in Deutschland Asyl beantragen;⁸¹ Hauptaufnahmeländer sind daneben Schweden und Österreich. Fast alle betreten in Griechenland oder Italien erstmals den Boden der Europäischen Union. Die Ankunft vieler Hunderter und phasenweise sogar Tausender von Flüchtlingen pro Tag überfordert diese zwei südeuropäischen Länder.

Anfang September 2015 gewährte Bundeskanzlerin Merkel den vielen Tausend in Ungarn festsitzenden Syrern die Ausreise über Österreich nach Deutschland. „Angela Merkel

made the most dramatic decision of her decade as German chancellor: to suspend European asylum rules.“⁸² Dies betrachteten einige EU-Staats- und Regierungschefs als Einladung an all jene syrischen Bürgerkriegsopfer, die in Lagern im Libanon, in Jordanien und in der Türkei Zuflucht fanden, auch nach Deutschland zu kommen. Ihren ohnehin großen Vorbehalten gegenüber der Aufnahme von Flüchtlingen hat diese Entscheidung Merkmals Auftrieb gegeben.

Die chaotischen Zustände in den Durchreisestaaten des Balkans, ausgelöst durch die nicht versiegende Flucht Hunderttausender Menschen, lasten viele Politiker ihr an. Es darf dabei nicht außer Acht gelassen werden, dass auch eigene Versäumnisse und fehlendes Krisenmanagement die ungeordnete Lage mitverursacht haben.

Eine gerechte Verteilung aller Flüchtlinge auf die EU-Mitglieder ist politisch nicht durchsetzbar. Der Widerstand dagegen ist zu groß. Gegenwärtigen Prognosen zufolge werden über eine Million Flüchtlinge im Jahr 2015 allein in der Bundesrepublik untergebracht.

Bewertung der deutschen Flüchtlingspolitik durch Großbritannien

Großbritanniens zentrale Vokabeln im Umgang mit der Flüchtlingskrise heißen Kontrolle und Begrenzung. Den Umstand, dass die Registrierung der nach (Kontinental-)Europa gekommenen Bürgerkriegsopfer oder politisch Verfolgten manchmal einige Wochen dauert, hält die britische Regierung für gefährlich.

Aus britischer Perspektive agiert Deutschland in der gegenwärtigen Flüchtlingskrise nicht rational, sondern emotionsgesteuert.⁸³ Normalerweise schätzt das Vereinigte Königreich Deutschland für seine strenge und manchmal unnachgiebige Regelbeachtung, z. B. bei den Rettungspaketen für Griechenland, ist jedoch über den Kurswechsel bei der Flüchtlingskrise Anfang September irritiert und hält das deutsche Vorgehen nicht für verantwortungsvoll. Die Tatsache, dass Europa mit Unterstützung Deutschlands seine Grenzen für Flüchtlinge geöffnet hat, bewertet die britische Regierung, allen voran Außenminister Philip Hammond, als falsch.⁸⁴ Durch diese Politik könne der Zustrom weiterer Bürgerkriegsopfer nicht verhindert werden, im Gegenteil motiviere dieser Schritt immer mehr Menschen aus Syrien, nach Europa zu kommen, so Hammond.⁸⁵ Großbritannien vermisst ferner eine Strategie, wie Deutschland der großen Anzahl an Flüchtlingen Herr werden will.

Über die Motive für Merkmals Flüchtlingspolitik kann auch im Vereinigten Königreich nur spekuliert werden. Wie auch britische Kommentatoren feststellen, ist die Bundeskanzlerin eigentlich bekannt dafür, Sachverhalte nüchtern zu betrachten und vom Ende her zu

analysieren. Nun schätzt die britische Regierung ihr Handeln eher als emotional bzw. sentimental ein. In Merkels Biografie gibt es Anhaltspunkte für ihr Vorgehen: Grenzöffnungen im Jahr 1989 waren der Startschuss für ein besseres Leben der Menschen im ehemaligen Ostblock. Merkel vermischt dieses Ereignis mit der gegenwärtigen Flüchtlingssituation und zeigt sich damit einverstanden, dass syrische Bürgerkriegsopfer in Deutschland eine temporäre bzw. neue Heimat finden. Außerdem sieht sie als Tochter eines Pfarrers in der Aufnahme von Flüchtlingen einen Akt der Nächstenliebe, der für Christen nicht verhandelbar ist. „To receive them well is [...] fundamental to an idea of what it means to be human.“⁸⁶ Sie betont immer wieder, dass das Grundrecht auf Asyl keine Obergrenze kennt.

Trotz ihrer meist rationalen Art sind spontane Kehrtwenden bei Merkel nicht nur in der Flüchtlingskrise zu beobachten gewesen: Auch nach der Atomkatastrophe in Japan hat sie gewissermaßen über Nacht eine 180-Grad-Wende in der deutschen Atompolitik vollzogen. Der entscheidende Faktor in beiden Fällen ist der Umstand, dass zu erwarten gewesen ist, dass der jeweilige Kurswechsel von der deutschen Bevölkerung mehrheitlich mitgetragen wird.

In der zweiten Hälfte einer Kanzlerschaft arbeiten die Regierungschefs an ihrem Bild im Geschichtsbuch. Die Bilanzen ihrer Vorgänger Helmut Kohl und Gerhard Schröder werden untrennbar mit der deutschen sowie europäischen Einigung bzw. der Agenda 2010 verbunden sein. Merkels Amtszeit steht bisher für die Bewältigung der Finanzmarktkrise in Deutschland und die Euro-Rettungspakete, also für rein sachliche und ökonomische Themen. Unter Umständen spekuliert Angela Merkel durch ihre überdurchschnittliche Flüchtlingsaufnahme auf den Friedensnobelpreis, den kein Unionskanzler zuvor verliehen bekam, um bei der Bewertung ihrer Kanzlerschaft aus dem Schatten Adenauers und Kohls hervorzutreten.

Britische Flüchtlingspolitik

Britische Großstädte haben sich besonders durch die Immigration dramatisch verändert. Zuzüge aus ehemaligen Kolonialstaaten und anderen EU-Mitgliedstaaten hat Großbritannien durch große Kraftanstrengungen bewältigt. Anders als bei der Migration favorisiert Premierminister Cameron zur Bewältigung der Flüchtlingsströme aus Syrien, Lager im Libanon, in Jordanien und in der Türkei finanziell besser auszustatten,⁸⁷ in denen syrische Bürger untergekommen sind und in denen sie nach seiner Vorstellung bis zur Rückkehr in ihre Heimat bleiben sollen. Großbritannien meistert seiner Meinung nach schon angesichts der klassischen Immigration viele Herausforderungen und möchte die Themenfelder Migranten und Flüchtlinge inhaltlich weiter getrennt sehen.⁸⁸

Es steht der Vorwurf im Raum, dass die Diskussionen über die Flüchtlingsthematik von britischen Regierungsmitgliedern überwiegend nicht sachlich geführt werden.⁸⁹ Innenministerin Theresa May und Außenminister Philip Hammond lenken immer wieder die Aufmerksamkeit auf afrikanische Flüchtlinge und werfen der Mehrheit von ihnen vor, aus wirtschaftlichen Gründen in Europa eine neue Heimat zu suchen.⁹⁰ Hauptherkunftsländer sind in diesem Zusammenhang Eritrea, die Region Darfur im Sudan, Somalia und einige Gegenden in Nigeria. Wegen der Diktaturen, Repressionen oder des religiösen Extremismus in diesen Staaten wird diesen Menschen im Regelfall Asyl gewährt, so dass ökonomische Fluchtursachen nicht im Vordergrund stehen.

Neuankömmlinge aus den zwei nichtafrikanischen Ländern Syrien und Afghanistan machen außerdem mehr als 50 Prozent der Flüchtlinge aus. Eine Verkürzung der Debatte auf afrikanische Flüchtlinge wird der Dimension der gegenwärtigen Wanderungsbewegungen nach Europa also nicht gerecht.

Im Übrigen ist das Vereinigte Königreich nicht das bevorzugte Ziel der Flüchtlinge. Von 25.870 im vergangenen Jahr in Großbritannien gestellten Asylanträgen wurden 10.050 bewilligt.⁹¹ Die Aufnahmebereitschaft in 2015 scheint nicht signifikant höher zu sein; „it is unlikely to take many more this year“⁹². Diese Zahlen liegen eindeutig unter denen Deutschlands, Frankreichs, Schwedens und Italiens.⁹³

Großbritannien bereiten Flüchtlingsströme Sorgen; nur ein geordnetes und kontrolliertes Verfahren wird vom Vereinigten Königreich daher akzeptiert.⁹⁴ Der illegale Zuzug auf die Insel – etwa durch die Tunnel unter dem Channel – soll nach dem Willen der Regierung unter allen Umständen unterbunden werden.⁹⁵ Flüchtlinge versuchen im französischen Calais, auf Lastwagen und Züge zu gelangen, um Großbritannien als „blinde Passagiere“ zu erreichen. Es wird massiv in die Grenzsicherung investiert, um diese Praktiken zu verhindern. Diese Maßnahmen werden durch Gesetzesverschärfungen flankiert, die die Strafen für die Beschäftigung von Menschen mit illegalem Aufenthaltstitel in Großbritannien deutlich erhöhen und abschreckend wirken sollen.

Oppositionsführer Corbyn wünscht sich in der Flüchtlingsfrage von seinen Landsleuten mehr Solidarität. Gleich nach seiner Wahl zum Parteivorsitzenden besuchte er eine Demonstration in London, auf der eine größere Aufnahmebereitschaft gefordert wurde.

Am EU-Asylsystem beteiligt sich das Vereinigte Königreich ohnehin nicht. Dänemark und Irland haben sich hier ebenfalls ausgeklinkt. Eine engere Verzahnung der Politik der EU-Mitgliedstaaten oder gar eine Verteilung der Flüchtlinge auf alle Länder lehnt Großbritannien ab.

Britisches Referendum über den Verbleib des Vereinigten Königreichs in der Europäischen Union

Es ist zu erwarten, dass die Volksabstimmung über den Verbleib Großbritanniens in der EU nicht erst 2017, sondern bereits im Herbst 2016 stattfinden wird, um gegenseitige Beeinflussungen mit den Wahlkämpfen in Deutschland und Frankreich zu verhindern.⁹⁶ Im Jahr 2017 stehen sowohl Bundestagswahlen als auch die Wahl des französischen Präsidenten an.

Angesichts der Staatsschuldenkrise, der Rettungspakete und der Flüchtlingsproblematik muss die EU derzeit schwerwiegende Herausforderungen meistern. Da bleibt eigentlich keine Energie, sich darüber hinaus noch mit einem eventuellen Austritt eines wichtigen Mitgliedslandes beschäftigen zu müssen.

Premierminister Cameron, der auf der europäischen Bühne keine große Rolle spielt und über wenige Einflussmöglichkeiten verfügt, wird im Vorfeld der EU-Volksabstimmung ins Zentrum der politischen Aufmerksamkeit rücken. Dieses Referendum entscheidet auch über sein Schicksal als Premierminister. Sollte eine Mehrheit der Bevölkerung für den Austritt aus der EU votieren, wird Cameron zurücktreten müssen.

Aus seinen Fehlern vor dem Schottland-Referendum, als er viel zu spät in die Kampagne eingestiegen ist, kann er lernen und dieses Mal sein ganzes politisches Gewicht in die Waagschale werfen. Weil er ohnehin schon angekündigt hat, bei der nächsten Unterhauswahl nicht wieder anzutreten, muss er auch keinerlei Rücksicht auf diese Wahl im Jahr 2020 nehmen. Anders als bei der Volksabstimmung in Schottland, als er noch „lediglich“ der Premierminister einer Koalitionsregierung war und eine absolute Mehrheit der Conservatives bei der Unterhauswahl 2015 nicht zwingend erwartet wurde, ist Cameron heute – und besonders seit der Wahl Corbys zum Vorsitzenden der Labour Party – die unumstrittene politische Nummer eins im Land, die logischerweise die Kampagne über den Verbleib des Landes in der EU führen muss. Seine späten, aber wirkungsvollen und leidenschaftlichen Reden wenige Tage vor der Schottland-Volksabstimmung kann er als Vorlage nutzen, um emotionale und ökonomische Argumente für eine EU-Mitgliedschaft Großbritanniens miteinander zu verbinden.

Der Europaskeptizismus im Vereinigten Königreich lässt sich auch daran ablesen, wie europafreundlich bzw. -feindlich die Parteien sind.⁹⁷ UKIP ist eindeutig für einen Austritt aus der EU. Die Conservatives sind in dieser Frage gespalten. Cameron ist für einen Verbleib in der EU, sieht sich aber gleichzeitig mit Kräften in seiner Partei konfrontiert, deren Haltung der UKIP-Position ähnelt. Diese beiden Parteien errangen bei der Unterhauswahl im Mai 2015 zusammen 51 Prozent der Stimmen. Proeuropäisch gesinnt sind die Liberal Democrats, die Grünen, die SNP und Plaid Cymru. Die Labour Party ist mehrheit-

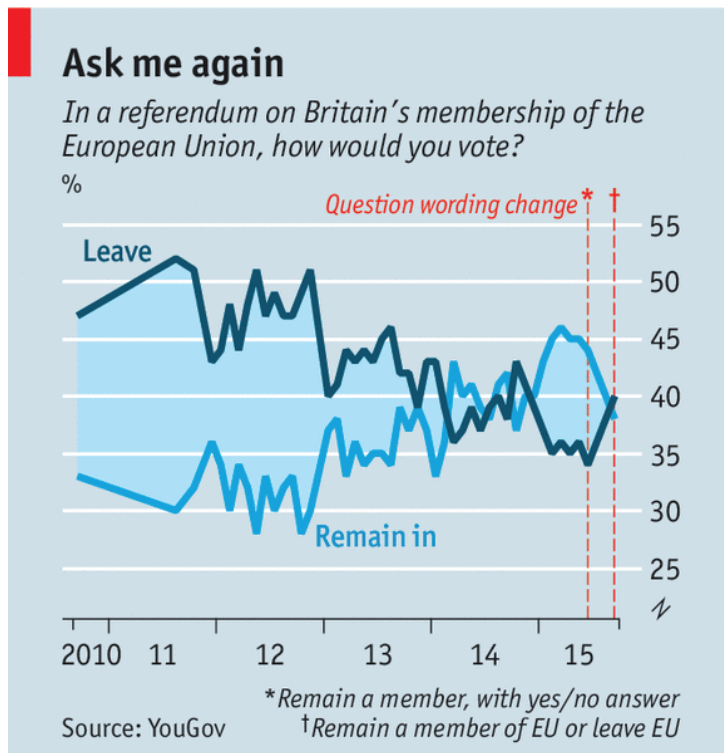
lich eher proeuropäisch eingestellt, hat jedoch auch europaskeptische Mitglieder und Anhänger. Insgesamt konnten diese fünf Parteien 49 Prozent der Stimmen auf sich vereinigen.

Bei einer Umfrage zu Beginn dieses Jahres äußerten sich 48 Prozent der Briten für einen Verbleib ihres Landes in der EU, 38 Prozent sprachen sich dagegen aus. 15 Prozent sind noch unentschieden und vermutlich in einem Referendum das Zünglein an der Waage. Die Menschen wurden auch nach ihrer persönlichen Prioritätenliste gefragt. Hier nannten sie die Wirtschaft als wichtigstes Politikfeld, gefolgt von Migration und Gesundheit. Europa erreichte abgeschlagen nur den sechsten Rang. Werden derartige Umfragen in den letzten Jahren miteinander verglichen, zeigt sich eine erhebliche Dynamik. Zwischen 2004 und 2010 konnte eine Mehrheit für den Verbleib gemessen werden. Danach erhielten die Europaskeptiker für eine Zeitspanne von rund drei bis vier Jahren Auftrieb. 2014 und 2015 lagen wieder die Befürworter einer britischen EU-Mitgliedschaft leicht in Führung. Der Pessimismus gegenüber der ökonomischen Entwicklung fördert den Europaskeptizismus. Die Einschätzung der eigenen wirtschaftlichen Lage korreliert mit der Position über die britische EU-Mitgliedschaft, allerdings nicht zu 100 Prozent. So stieg infolge der Auswirkungen der Finanzmarktkrise in den Jahren 2008 bis 2010 die Zahl jener, die die eigene ökonomische Situation schlecht bewerteten. Ab 2010 wurden wieder mehr positive Selbsteinschätzungen gemessen. Nach den seit 2010 eingesetzten Sparmaßnahmen der Koalitionsregierung änderte sich das Bild und die eigene wirtschaftliche Lage wurde zunehmend wieder negativ betrachtet.

Anfang Oktober 2015 gewannen die Skeptiker wieder Oberwasser. Laut einer Umfrage in der 41. Kalenderwoche sprachen sich 44 Prozent für und 39 Prozent gegen eine EU-Mitgliedschaft aus.⁹⁸ Wenige Tage später wurde erstmals wieder eine hauchdünne Mehrheit für den Austritt ermittelt. Nach dieser demoskopischen Untersuchung äußerten sich 40 Prozent gegen und 38 Prozent für den Verbleib ihres Landes in der EU.⁹⁹ Der Abstand zwischen beiden Lagern ist mit 2 Prozent nur minimal und erheblich geringer als während der Rezession gewesen.

Ob es sich bei den neuen Zahlen lediglich um eine Momentaufnahme oder einen beginnenden Meinungsumschwung handelt, kann zum gegenwärtigen Zeitpunkt noch nicht valide gesagt werden.¹⁰⁰ Die mediale Dominanz des Flüchtlingsthemas im Herbst 2015 hat die Sorgen vieler Briten vor Migration, finanziellen Engpässen beim NHS und weiter explodierenden Immobilienpreisen vergrößert. Möglicherweise sind die aktuellen Ergebnisse aber auch nur Ausdruck der umformulierten Ausgangsfrage: Bisher wurden die Menschen nach ihrer Ansicht zum Verbleib des Vereinigten Königreichs in der EU befragt und sollten sich für Ja oder Nein entscheiden.¹⁰¹ Neuerdings wird zu eruieren versucht, ob Großbritannien in der EU verbleiben oder die EU verlassen soll.¹⁰² Allein die Nennung des Worts „leave“ kann bereits Auswirkungen auf die Reaktion und damit die Antwort einzelner Personen haben.

Die Grafik, die sich auf Daten des Meinungsforschungsinstituts YouGov bezieht, entstammt dem Economist.¹⁰³



Economist.com

Großbritanniens momentane Situation in der EU

Das Vereinigte Königreich setzt in der EU andere Prioritäten als Deutschland oder Frankreich und spricht sich gegen eine „ever closer Union“ aus. Aus historischer Perspektive ist das Engagement Großbritanniens in Kontinentaleuropa immer dann groß gewesen, wenn das Gleichgewicht auf dem Kontinent gestört war. Großbritanniens Beitrag und politisches Gewicht in der EU werden nicht als bedeutend erachtet. Drei Beispiele illustrieren dies: Es war ein folgenschwerer und falscher Entschluss der Conservatives, die EVP-Fraktion verlassen zu haben. Die Zugehörigkeit zur größten Fraktion im Europäischen Parlament ist mit mannigfachem Einfluss verbunden, der verhältnismäßig leichtfertig aufgegeben wurde. Die Gespräche über die Rettungspakete für kriselnde Euro-Staaten werden meist nur unter den Euro-Ländern geführt. Auch hier ist Großbritannien Außen-seiter, beharrt es doch auf der Beibehaltung seiner nationalen Währung. Bei den Verhandlungen in Minsk über einen Waffenstillstand in der Ukraine hat Großbritannien ebenfalls nicht mitgewirkt: Am Konferenztisch saßen neben den Konfliktparteien die Vermittler Deutschland und Frankreich.

Camerons EU-Reformvorschläge

Die Europäische Union als Ganzes steckt in einer schweren Krise. Die ausufernden Staatsschulden, die Rettungspakete und die Flüchtlingsproblematik sind Wasser auf die Mühlen der britischen Europaskeptiker. Premierminister Cameron möchte den Drahtseilakt schaffen, sowohl die Beziehungen seines Landes zur EU zu erneuern als auch die Volksabstimmung anschließend zu gewinnen.¹⁰⁴

Cameron möchte für die Kampagne im Vorfeld des britischen EU-Referendums eine Bilanz über von ihm angestoßene und durchgesetzte Reformen der EU vorlegen.¹⁰⁵ Diese können freilich nur marginal ausfallen, da alle gewährten Zugeständnisse gegenüber Großbritannien ohne Veränderungen des Lissabonner Vertrags auskommen müssen. Angesichts der jahrelangen enormen Anstrengungen des Konvents bei der Ausarbeitung dieses Vertragswerks und der anschließend sehr schleppend verlaufenen Ratifikation mit zahlreichen Rückschlägen ist die Neuverhandlung des Lissabonner Vertrags weder für die EU-Institutionen noch für einflussreiche Mitglieder wie Deutschland oder Frankreich eine Option.

Die Hauptforderungen der britischen Regierung sind die Stärkung der Wettbewerbsfähigkeit der EU-Staaten, eine verbindliche „opt-out“-Garantie für einzelne EU-Mitgliedsländer gegen neue Vergemeinschaftungsprojekte, die Stärkung der nationalen Parlamente, Sicherheitsgarantien für Nichtmitglieder der Eurozone, bei der Rettung von Euro-Ländern nicht beteiligt zu werden, Beschränkungen beim Zuzug von EU-Ausländern und deren Ausschluss von Ansprüchen aus staatlichen Unterstützungsleistungen.¹⁰⁶

Cameron reiste während des Sommers 2015 durch Europas Hauptstädte, um in Konsultationen mit seinen Amtskollegen die Erfolgchancen seiner Reformideen auszuloten. Diese Stippvisiten schlossen sich den nach seiner Wiederwahl im Frühling begonnenen Bemühungen an, die Beziehungen zu anderen Regierungschefs und wichtigen Vertretern der EU-Institutionen zu verbessern. So empfing er nicht nur Manfred Weber, den Vorsitzenden der EVP-Fraktion, sondern auch den EU-Kommissionspräsidenten Jean-Claude Juncker. Die atmosphärisch gut gelaufenen Gespräche offenbarten, dass Juncker den Austritt Großbritanniens entschieden verhindern will und sich gegenüber Cameron nicht nachtragend zeigte, der seine Wahl zum EU-Kommissionspräsidenten einst verhindern wollte.

Was inhaltliche Forderungen betraf, so musste Cameron bereits Rückschläge einstecken. Er kehrte ohne verbindliche Zugeständnisse von seinen Reisen nach Hause zurück. „It transpired that he had given up demanding British opt-outs from EU employment regulations.“¹⁰⁷ Die EU-Institutionen und Frankreich erteilten derartigen Wunschvorstellungen Großbritanniens eine klare Absage.

Der österreichische Bundeskanzler Faymann will nur unter der Bedingung, dass das Vereinigte Königreich deutlich mehr Flüchtlinge aufnimmt, überhaupt über Großbritanniens Pläne verhandeln.¹⁰⁸ Offen prangert er an, Cameron stelle nur einseitig Forderungen auf, sei aber nicht bereit, Lasten zu tragen.¹⁰⁹ Merkel drückt sich hingegen stets betont konziliant aus. Ihr Motto „Wo ein Wille ist, ist auch ein Weg“¹¹⁰ beschwört sie gegenüber dem britischen Premierminister mantraartig.

Camerons Standpunkt in der Flüchtlingsfrage wird seine Verhandlungsposition gegenüber der EU und den Mitgliedsländern nicht verbessern, sondern aller Voraussicht nach eher verschlechtern.¹¹¹ „His room for negotiation in Europe is shrinking as the migrant crisis becomes more acute.“¹¹² Nach den bisher geführten informellen Gesprächen sollen ab Dezember 2015 die britischen Forderungen offiziell erörtert und verhandelt werden. Der Zeitdruck ist für alle Beteiligten hoch, sollte auf dem avisierten Termin des EU-Referendums im Herbst 2016 beharrt werden.¹¹³

Anders interpretiert diese Sachverhalte Außenminister Philip Hammond, der die strikte Gangart ostmitteleuropäischer Länder als willkommene Steilvorlage betrachtet. Diese Staaten wehren sich gegen die Aufnahme von Bürgerkriegsopfern und schließen teilweise sowie temporär ihre Grenzen. Im Grunde wolle Großbritannien genauso verfahren und die EU-Freizügigkeit einschränken,¹¹⁴ um die Einwanderung aus anderen EU-Mitgliedstaaten zu verringern und deren Bürger von staatlicher Wohlfahrt in mancher Hinsicht oder ganz auszuschließen.¹¹⁵ Dabei übersieht Hammond jedoch, dass er bei seiner Argumentation nicht zwischen EU-Bürgern und Nicht-EU-Bürgern differenziert. Im Übrigen stammen die meisten Neuzugezogenen nach Großbritannien von außerhalb der EU.¹¹⁶

Tandem Cameron-Merkel zur Verhinderung eines Brexit?

Für die Umsetzung seiner EU-Reformideen benötigt Premierminister Cameron die Unterstützung der deutschen Bundeskanzlerin. Er hofft, dass Merkel zumindest auf wesentliche Aspekte seiner Forderungen eingeht und diese in der EU zu realisieren hilft. „Britain and the other EU members are waiting for a signal: how ready is Berlin to meet David Cameron halfway?“¹¹⁷ Merkel weiß, dass Cameron im Vorfeld des Referendums Ergebnisse vorweisen muss, die er der EU und den großen Mitgliedstaaten abgerungen hat. Die britische Bevölkerung erwartet diese, zumal Cameron immer wieder darauf gepocht hat, eine solche Bilanz vor der Volksabstimmung vorzulegen.

Außerdem möchte die deutsche Bundeskanzlerin einen Austritt Großbritanniens aus der EU auch deshalb verhindern, weil dieser Schritt einen Schatten auf ihre Kanzlerschaft werfen würde, wenn ein großes Land in dieser Zeit die EU verlässt. Merkel will das Vereinigte Königreich aber nicht um jeden Preis in der EU halten. Vertragsveränderungen lehnt sie ebenso wie Einschränkungen der EU-Freizügigkeit ab.¹¹⁸ Ihr Verhältnis zu Cameron wurde bereits zweimal belastet und auf eine Probe gestellt: Sein Entschluss, die Conservatives aus der EVP-Fraktion abzuziehen, und der Versuch, 2011 ein Veto gegen den Fiskalpakt einzulegen, haben Merkel verstimmt.

Für negative Gefühle ist in der Politik allerdings kein Platz. Und so bleibt für Cameron die Chance, möglicherweise an die ergiebigen Verhandlungen seines Vorgängers mit Merkel anzuknüpfen.¹¹⁹ Während dieser Gesprächsrunden zum Lissabonner Vertrag waren die bilateralen Konsultationen zwischen Kanzlerin Merkel und dem damaligen britischen Premierminister Gordon Brown trotz der Zugehörigkeit zu verschiedenen Parteienfamilien zentral.

Deutschland hat die von London geforderten roten Linien mitgetragen, wodurch ein britisches Referendum zum Vertragswerk und eine damit einhergehende Verzögerung oder gar ein Scheitern verhindert werden konnten.¹²⁰ Hier bewies sich Merkels Motto „Wo ein Wille ist, ist auch ein Weg“¹²¹ gegenüber London als richtige Herangehensweise.

EU-Referendums-Kampagne der Regierung

Das EU-Referendum wirft schon seine Schatten voraus. Die Wahlkommission bewertete Anfang September 2015 die geplante Fragestellung für das EU-Referendum als ungeeignet. „The prime minister accepted its recommendation to change the options on ballots from ‚yes‘ and ‚no‘ to ‚remain‘ and ‚leave‘.“¹²²

Die Befürworter eines britischen EU-Austritts innerhalb der Conservatives sind derweil nicht verstummt. Allen voran Innenministerin Theresa May sowie Londons Noch-Bürgermeister und Neu-Abgeordneter Boris Johnson sind in diesem Zusammenhang zu nennen. Als Cameron überraschend ankündigte, auf eine dritte Amtszeit zu verzichten, zählte er im gleichen Atemzug mit diesen zwei Namen sowie Finanzminister George Osborne mögliche Nachfolger auf. Einzig Osborne ist von diesen drei Politikern für eine Zukunft des Vereinigten Königreichs in der EU. Die Befähigung zum Amt des Premierministers macht Cameron bei May und Johnson offensichtlich nicht von ihrer abweichenden Haltung zur britischen EU-Mitgliedschaft abhängig.

Theresa May ist gewissermaßen die Verkörperung des harten britischen Kurses in der Flüchtlingsfrage und lehnt Flüchtlingsquoten in der EU kategorisch ab.¹²³ Auch „eine europäische Asylpolitik unter Einbindung Großbritanniens“¹²⁴ negiert sie ausdrücklich und verweist darauf, dass diese auch von Nachfolgeregierungen nicht mitgetragen würde. Außerdem plädiert sie dafür, aufgegriffene Boote im Mittelmeer zur Umkehr zu zwingen.¹²⁵ Noch ungewiss ist ihre Rolle während der Kampagne: Ob führende Europaskeptiker der Tories den entgegengesetzten Standpunkt des Premierministers offen vertreten dürfen, ist noch nicht entschieden.¹²⁶ Erste Überlegungen in die Richtung, „Kabinettsmitglieder zu zwingen, sich der Regierungsposition im Referendum zu unterwerfen, zog Cameron [...] nach massiven [innerparteilichen] Protesten zurück“¹²⁷.

Ein Schachzug ist Cameron kurz nach der Unterhauswahl mit der Berufung Mark Harpers zum Fraktionsvorsitzenden gelungen. Der Europaskeptiker muss in dieser Funktion das geschlossene Abstimmungsverhalten der Tory-Abgeordneten sicherstellen sowie Anzeichen für Hinterbänkler-Revoluten früh erkennen und abblocken.

Beim Parteitag der Conservatives im Oktober 2015 haben die Europaskeptiker in den eigenen Reihen die Vorgehensweise Camerons noch nicht öffentlich scharf angegriffen, mit der der Premierminister bisher die Beziehungen des Vereinigten Königreichs zur EU neu beleben wollte.¹²⁸ Schließlich kann er noch keine nennenswerten Ergebnisse liefern.¹²⁹ Die offiziellen Verhandlungen beginnen zwar erst im Dezember 2015. Trotzdem war innerparteilich erwartet worden, dass Cameron während seiner Gespräche im Sommer bereits Zugeständnisse erreicht.

Der Vorsitzende der Partei UKIP, Nigel Farage, hat einstweilen angekündigt, die Nein-Kampagne nicht führen zu wollen. Es wird darüber diskutiert, ob Boris Johnson Interesse hat, diese Rolle zu übernehmen. Möglicherweise spekuliert er darauf, dass er als Europaskeptiker nach einem Nein bei der EU-Volksabstimmung gute Chancen hat, den Premierminister zu beerben. Das Ende seiner Amtszeit als Bürgermeister im Mai 2016 liegt zeitlich ideal, um anschließend Wahlkampf für den Austritt aus der EU zu betreiben, bevor das Referendum aller Voraussicht nach im Herbst 2016 stattfindet. Für die Befürworter eines britischen EU-Austritts wäre ein humorvoller und eher moderater Kopf an der Spitze einer solchen Bewegung sicher günstiger als Farage, der zwar mit seiner UKIP 13 Prozent der Stimmen bei der Unterhauswahl holte, aber vielen Skeptikern der EU-Mitgliedschaft als zu polarisierend und radikal gilt.

Fraglich bleibt, mit welchen Argumenten Cameron in die Kampagne um das EU-Referendum ziehen wird. Das Erscheinungsbild der EU ist derzeit alles andere als anziehend oder überzeugend. Bleiben Cameron also vor allem ökonomische Aspekte und Begründungen: Der europäische Binnenmarkt und die auf Kontinentaleuropa angewiesene und mit ihr bestens vernetzte London City versprechen wirtschaftliche Prosperität auch in der Zukunft. Er kann sich auf den Zentralbankchef Mark Carney berufen, dem zufolge die EU-Mitgliedschaft „die Offenheit der britischen Wirtschaft gefördert und die Dynamik erleichtert“¹³⁰ habe, wodurch die britische Volkswirtschaft weniger anfällig für Krisen geworden sei.¹³¹ Knapp 50 Prozent der britischen Exporte gehen in andere EU-Mitgliedsstaaten, 40 Prozent in Euro-Länder.¹³² Ein Ausschluss aus dem Binnenmarkt hätte somit dramatische Folgen.

Die Vergangenheit zeigte jedoch, dass Emotionales sehr schnell sachliche Debatten in den Schatten stellt und Kampagnen vor Referenden dominiert. Der Angst vor Souveränitätsverlust und zu großer Einflussnahme von Seiten der EU-Institutionen wird Cameron deshalb etwas Überzeugendes entgegensetzen müssen. Dem Kampf um den Verbleib Großbritanniens in der EU wird er alles andere unterordnen müssen. Nur so ist ein Erfolg möglich. Mit ganzer Kraft wird er die Pro-Argumente verteidigen müssen, um skeptische Bürger umzustimmen.

Zusammenhänge zwischen der Flüchtlingskrise und dem Ausgang des britischen EU-Referendums

Die Furcht vor Immigration und die Sorge vor dem Verlust britischer Kontrolle und weiteren Souveränitätsübertragungen an die EU nehmen Anti-Establishment-Parteien wie UKIP auf, der es im Vorfeld der Unterhauswahl gelungen war, die Themen Europa und Immigration miteinander zu koppeln, teils auch noch in Bezug auf den Arbeitsmarkt.¹³³ Es konnte jedoch keine Korrelation zwischen der Angst vor Migration und der Ablehnung der EU-Mitgliedschaft ermittelt werden.

19 Prozent der Deutschen sind damit einverstanden, viele Flüchtlinge ins Land zu lassen. Auf dieselbe Frage antworten nur 7 Prozent der Briten mit „ja“. Länder, die europaskeptisch sind, weisen auch Vorbehalte gegenüber der Aufnahme vieler Migranten auf. Umgekehrt ist derselbe Effekt messbar: Länder, die der EU wohlgesinnt sind, stimmen auch der Aufnahme vieler Migranten zu.

Wenn ein europäischer Regierungschef aus einem Land wie Österreich, das überproportional viele Flüchtlinge unterbringt, Cameron damit „erpresst“, dass es nur dann in von Großbritannien geforderte Reformen einwilligen wird, wenn das Vereinigte Königreich einen substantiellen Anteil an der Bewältigung der Flüchtlingsproblematik zu leisten bereit ist, wird dies die Chancen auf einen Verbleib des Nettozahlers Großbritannien in der EU schmälern.¹³⁴ Es wirkt so, als ob sich Cameron bei dieser Frage in einem schweren Dilemma befindet und sich entscheiden müsste: Entweder erklärt er sich mit der Aufnahme einer deutlich größeren Zahl an Flüchtlingen einverstanden, was die Mehrheit der Bevölkerung ablehnt, oder er wird keine greifbaren Reformen vorlegen können. Diese gelten jedoch als Voraussetzung für ein Ja bei der EU-Volksabstimmung.

Es wird allerdings erwartet, dass große EU-Mitgliedsländer wie Deutschland sowie Frankreich und die Spitzen der EU-Institutionen auf Großbritannien zugehen und keine Gegenforderungen für Entgegenkommen verlangen werden. „Committing more British money to the refugee crisis, and taking significantly more asylum seekers, would make Brexit more likely.“¹³⁵ Mit einigen Zugeständnissen unterhalb der Notwendigkeit von Vertragsveränderungen wird gerechnet, für die dem Vereinigten Königreich im Umkehrschluss keine Konzessionen auferlegt werden. Schließlich ist das Interesse groß, Großbritannien in der EU zu halten.

Ausgang des EU-Referendums

Beide Lager bringen sich derweil in Stellung, beginnen, Gelder zu akquirieren, und versuchen, führende Wirtschaftsvertreter als Botschafter ihrer Argumente zu gewinnen. Wer letztlich die Oberhand erlangen wird – die „Vote Leave“- oder die „Britain Stronger in Europe“-Anhänger –, das kann zum jetzigen Zeitpunkt nicht vorhergesagt werden.

Der mit einer Volksabstimmung einhergehende Nachdenkprozess der Bevölkerung trägt im Regelfall dazu bei, dass bei einem Referendum der Status quo eine Mehrheit findet, zumal die Sorge vor Veränderungen auch immer mitschwingt. Dieser Umstand lässt einen positiven Ausgang und damit den Verbleib des Vereinigten Königreichs in der EU wahrscheinlicher werden.

Anmerkungen

- ¹ Zitiert nach Angela Merkel vom 1.7.2005.
- ² Vgl. Zschke, Christian: Besser geht's nicht, in: Süddeutsche Zeitung, 8.10.2015, S. 3.
- ³ Blomeier, Hans-Hartwig: Klarer Wahlsieger – unklare Aussichten. Eine Nachbetrachtung der Parlamentswahlen in Großbritannien, in: KAS-Auslandsinformationen, Heft 8/2015, S. 75-97, S. 76.
- ⁴ Ebd.
- ⁵ Dieser und der folgende Satz sind eine Zusammenfassung einiger Ausführungen von Prof. Dr. Uwe Jun im Panel „Konsequenzen der Unterhauswahl für das britische Parteiensystem“ auf der Expertentagung „Die Unterhauswahl in Großbritannien 2015“, die die Akademie für Politik und Zeitgeschehen der Hanns-Seidel-Stiftung in Kooperation mit dem Institut für Sozialwissenschaften der Universität Koblenz-Landau am 17./18.9.2015 in Kloster Banz durchführte. Die Autorin hat auch den Tagungsbericht geschrieben und übernimmt hier Sätze oder Satzteile aus diesem Tagungsbericht.
- ⁶ Dieser und der folgende Abschnitt sind eine Zusammenfassung einiger Ausführungen von Prof. Dr. Roland Sturm im Panel „Die Bilanz der Koalition Cameron / Clegg und die neue Regierungsagenda“ auf der oben genannten Expertentagung. Die Autorin übernimmt hier wiederum Sätze oder Satzteile aus dem von ihr geschriebenen Tagungsbericht.
- ⁷ Dieser und der folgende Abschnitt sind eine Zusammenfassung einiger Ausführungen von Dr. Matt Beech im Panel „Die Bilanz der Koalition Cameron / Clegg und die neue Regierungsagenda“ auf der oben genannten Expertentagung. Die Autorin übernimmt hier wiederum Sätze oder Satzteile aus dem von ihr geschriebenen Tagungsbericht.
- ⁸ Dieser und der folgende Satz sind eine Zusammenfassung einiger Ausführungen von Prof. Dr. Uwe Jun im Panel „Konsequenzen der Unterhauswahl für das britische Parteiensystem“ auf der oben genannten Expertentagung. Die Autorin übernimmt hier wiederum Sätze oder Satzteile aus dem von ihr geschriebenen Tagungsbericht.
- ⁹ Dieser Abschnitt ist eine Zusammenfassung einiger Ausführungen von Dr. Alistair Clark im Panel „Konsequenzen der Unterhauswahl für das britische Parteiensystem“ auf der oben genannten Expertentagung. Die Autorin übernimmt hier wiederum Sätze oder Satzteile aus dem von ihr geschriebenen Tagungsbericht.
- ¹⁰ Vgl. Neuhäuser, Alice / Mischler, Maike / Ruxton, Graeme D. / Neuhäuser, Markus: Gründe für von der Fraktionsdisziplin abweichendes Abstimmungsverhalten bei Bundestagsabgeordneten, in: AStA. Wirtschafts- und Sozialstatistisches Archiv, Heft 1/2013, S. 91-99.
- ¹¹ Queen's Speech 2015, London, 27.5.2015.
- ¹² Vgl. ebd.
- ¹³ Ebd.
- ¹⁴ Vgl. ebd.
- ¹⁵ Vgl. ebd.
- ¹⁶ Vgl. ebd.
- ¹⁷ Vgl. ebd.
- ¹⁸ Vgl. ebd.
- ¹⁹ Vgl. ebd.
- ²⁰ Vgl. ebd.
- ²¹ Vgl. ebd.
- ²² Ebd.
- ²³ Vgl. ebd.
- ²⁴ Vgl. ebd.
- ²⁵ Vgl. ebd.
- ²⁶ Vgl. ebd.
- ²⁷ Blomeier: Klarer Wahlsieger – unklare Aussichten, S. 90.
- ²⁸ Queen's Speech 2015.
- ²⁹ Vgl. ebd.
- ³⁰ Vgl. ebd.

- 31 Vgl. ebd.
- 32 Dieser und der folgende Abschnitt sind eine Zusammenfassung des Vortrags von Dr. Andreas Marchetti im Panel „Konsequenzen der Unterhauswahl für die innere Ordnung und die Außenbeziehungen Großbritanniens“ auf der oben genannten Expertentagung. Die Autorin übernimmt hier wiederum Sätze oder Satzteile aus dem von ihr geschriebenen Tagungsbericht.
- 33 Vgl. Jungclaussen, John F.: Radikaler als Thatcher, in: Die Zeit, 8.10.2015, S. 27.
- 34 Ebd.
- 35 Wintour, Patrick / Watt, Nicholas: Revealed – the true price of the PM’s ‚all-out assault on poverty‘, in: The Guardian, 8.10.2015, S. 1 u. 7, S. 1.
- 36 Vgl. ebd.
- 37 Zschke: Besser geht’s nicht.
- 38 Jungclaussen: Radikaler als Thatcher.
- 39 Zschke: Besser geht’s nicht.
- 40 Vgl. Wintour / Watt: Revealed – the true price of the PM’s ‚all-out assault on poverty‘, S. 7.
- 41 Vgl. The Labour Party. Seeing red, in: The Economist, 22.8.2015, S. 27.
- 42 Buchsteiner, Jochen: Corbyns Gegenentwurf, in: Frankfurter Allgemeine Zeitung, 18.9.2015, S. 1.
- 43 Vgl. Zschke, Christian: Eine Partei steht kopf, in: Süddeutsche Zeitung, 14.9.2015, S. 8.
- 44 The Labour Party. Seeing red.
- 45 Buchsteiner, Jochen: Wird Gesinnung wieder cool?, in: Frankfurter Allgemeine Sonntagszeitung, 13.9.2015, S. 7.
- 46 Vgl. ebd.
- 47 Vgl. Buchsteiner: Corbyns Gegenentwurf.
- 48 Vgl. ebd.
- 49 Vgl. Borger, Sebastian: Corbyn und die Flügelkämpfe, in: Frankfurter Rundschau, 26./27.9.2015, S. 7.
- 50 Vgl. Zschke, Christian: Gemäßigter Auftakt, in: Süddeutsche Zeitung, 17.9.2015, S. 9.
- 51 Ebd.
- 52 Buchsteiner: Corbyns Gegenentwurf.
- 53 Vgl. Wieland, Leo: Der britische Pablo Iglesias, in: Frankfurter Allgemeine Zeitung, 17.9.2015, S. 10.
- 54 Vgl. The Labour Party. Seeing red.
- 55 „Er hat sich nicht weiterentwickelt“. Interview mit Sunder Katwala, Leiter des Thinktanks British Future, in: Frankfurter Rundschau, 14.9.2015, S. 6.
- 56 Vgl. ebd.
- 57 Zschke, Christian: Get lucky, in: Süddeutsche Zeitung, 30.9.2015, S. 3.
- 58 Vgl. The Labour Party. Seeing red.
- 59 Vgl. Neuhäuser / Mischler / Ruxton / Neuhäuser: Gründe für von der Fraktionsdisziplin abweichendes Abstimmungsverhalten bei Bundestagsabgeordneten.
- 60 Vgl. ebd.
- 61 Buchsteiner, Jochen: Ehrliche Haut, in: Frankfurter Allgemeine Zeitung, 14.9.2015, S. 10.
- 62 Vgl. Buchsteiner: Corbyns Gegenentwurf.
- 63 The land that Labour forgot, in: The Economist, 5.9.2015, S. 36.
- 64 Ebd.
- 65 Vgl. Buchsteiner: Corbyns Gegenentwurf.
- 66 Vgl. Borger: Corbyn und die Flügelkämpfe.
- 67 Buchsteiner: Corbyns Gegenentwurf.
- 68 Dausend, Peter / Krupa, Matthias: Kampf um links, in: Die Zeit, 15.10.2015, S. 3.
- 69 Blomeier: Klarer Wahlsieger – unklare Aussichten.
- 70 Vgl. Sennett, Richard: Verfall und Ende des öffentlichen Lebens. Die Tyrannei der Intimität, New York 1974, dt. Ausg., Berlin 2008, S. 23.
- 71 Vgl. ebd.

- 72 Ebd.
- 73 Ebd.
- 74 Vgl. Borger, Sebastian: Die bessere Gesellschaft, in: Frankfurter Rundschau, 14.9.2015, S. 6.
- 75 Vgl. Hutton, Will: Angela Merkel's humane stance on immigration is a lesson to us all, in: The Guardian, 30.8.2015, <http://www.theguardian.com/commentisfree/2015/aug/30/immigration-asylumseekers-refugees-migrants-angela-merkel>, Stand: 21.10.2015.
- 76 Dausend / Krupa: Kampf um links.
- 77 Ebd.
- 78 Vgl. Borger: Corbyn und die Flügelkämpfe.
- 79 Buchsteiner: Corbyns Gegenentwurf.
- 80 The land that Labour forgot.
- 81 Vgl. Hutton: Angela Merkel's humane stance on immigration is a lesson to us all.
- 82 Germany's refugee crisis, in: The Telegraph, 10.10.2015, <http://www.telegraph.co.uk/news/newstopping/eureferendum/11922207/British-Empire-is-gone-Angela-Merkel-ally-says-as-he-urges-in-vote-ahead-of-EU-crunch-talks.html>, Stand: 21.10.2015.
- 83 Teile dieses Abschnitts sind eine Zusammenfassung des Vortrags von Thomas Kielinger „Die Flüchtlingskatastrophe in Europa und die Belastung für die britischen Beziehungen zur EU“ während des Kaminesgesprächs auf der oben genannten Expertentagung. Die Autorin übernimmt hier wiederum Sätze oder Satzteile aus dem von ihr geschriebenen Tagungsbericht.
- 84 Vgl. Bitte ohne Gefühle, in: Frankfurter Allgemeine Zeitung, 23.9.2015, S. 2.
- 85 Vgl. ebd.
- 86 Hutton: Angela Merkel's humane stance on immigration is a lesson to us all.
- 87 Vgl. Borger, Sebastian: Cameron verheißt eine Trendwende, in: Frankfurter Rundschau, 8.10.2015, S. 7.
- 88 Vgl. Croucher, Shane: EU referendum. How Europe's refugee crisis is scuppering David Cameron's reform dreams, in: IBTimes UK, 2.9.2015, <http://www.ibtimes.co.uk/eu-referendum-how-europes-refugee-crisis-scuppering-david-camerons-reform-dreams-1518208>, Stand: 21.10.2015.
- 89 Vgl. Kingsley, Patrick: 10 truths about Europe's migrant crisis, in: The Guardian, 10.8.2015, <http://www.theguardian.com/uk-news/2015/aug/10/10-truths-about-europes-refugee-crisis>, Stand: 1.10.2015.
- 90 Vgl. ebd.
- 91 Vgl. ebd.
- 92 Croucher: EU referendum.
- 93 Vgl. Kingsley: 10 truths about Europe's migrant crisis.
- 94 Vgl. Borger: Cameron verheißt eine Trendwende.
- 95 Vgl. Croucher: EU referendum.
- 96 Vgl. Bolzen, Stefanie: Zentralbankchef lobt Vorteile der EU-Mitgliedschaft, in: Die Welt, 23.10.2015, S. 10; aus der Sicht bis zum 26.10.2015 (Redaktionsschluss).
- 97 Dieser und der folgende Abschnitt sind eine Zusammenfassung des Vortrags von Prof. Dr. Paul Whiteley im Panel „Konsequenzen der Unterhauswahl für die innere Ordnung und die Außenbeziehungen Großbritanniens“ auf der oben genannten Expertentagung. Die Autorin übernimmt hier wiederum Sätze oder Satzteile aus dem von ihr geschriebenen Tagungsbericht.
- 98 Vgl. Wintour, Patrick: Angela Merkel to demand details of EU negotiations from David Cameron, in: The Guardian, 9.10.2015, <http://www.theguardian.com/world/2015/oct/09/angela-merkel-to-demand-details-of-eu-negotiations-from-david-cameron>, Stand: 23.10.2015.
- 99 Vgl. Views on Europe. Many ordinary Britons are resigned to staying in the European Union, in: The Economist, 17.10.2015, <http://www.economist.com/news/britain/21674797-many-ordinary-britons-are-resigned-staying-european-union-not-team-players>, Stand: 21.10.2015.
- 100 Aus der Sicht bis zum 26.10.2015.
- 101 Vgl. Views on Europe.
- 102 Vgl. ebd.
- 103 Vgl. ebd.

- ¹⁰⁴ Vgl. Le wobble, in: The Economist, 5.9.2015, S. 35.
- ¹⁰⁵ Vgl. Croucher: EU referendum.
- ¹⁰⁶ Dieser Satz ist eine Zusammenfassung einiger Ausführungen von Dr. Kai Oppermann im Panel „Konsequenzen der Unterhauswahl für die innere Ordnung und die Außenbeziehungen Großbritanniens“ auf der oben genannten Expertentagung. Die Autorin übernimmt hier wiederum einen Satz aus dem von ihr geschriebenen Tagungsbericht.
- ¹⁰⁷ Le wobble.
- ¹⁰⁸ Vgl. ebd.
- ¹⁰⁹ Vgl. Croucher: EU referendum.
- ¹¹⁰ <http://www.bundesregierung.de/Content/DE/Artikel/2015/05/2015-05-29-pressekonzferenz-cameron.html>, Stand: 6.10.2015.
- ¹¹¹ Aus der Sicht bis zum 26.10.2015.
- ¹¹² Le wobble.
- ¹¹³ Vgl. Bolzen: Zentralbankchef lobt Vorteile der EU-Mitgliedschaft.
- ¹¹⁴ Vgl. Bitte ohne Gefühle.
- ¹¹⁵ Inwieweit sich das aktuelle EuGH-Urteil vom 15.9.2015 über den möglichen Ausschluss von EU-Bürgern von ALG II-Leistungen in Deutschland auch auf Großbritannien auswirkt, wird in dieser Analyse nicht behandelt; Az.: C-67/14.
- ¹¹⁶ Vgl. Warner, Jeremy: Britain's economy would be lost without immigration, in: The Telegraph, 29.8.2015, <http://www.telegraph.co.uk/finance/economics/11832744/Britains-economy-would-be-lost-without-immigration>, Stand: 1.10.2015.
- ¹¹⁷ Kornelius, Stefan / Sabadin, Vittorio / Ricard, Philippe / Torreblanca, José / Wielński, Bartosz T.: What Britain in the EU means to us: five leading European writers on the threat of Brexit, in: The Guardian, 26.5.2015, <http://www.theguardian.com/politics/2015/may/25/eu-referendum-dont-leave-us-this-way-europe-uk-brexite>, Stand: 21.10.2015.
- ¹¹⁸ Vgl. Borger: Cameron verheißt eine Trendwende.
- ¹¹⁹ Aus der Sicht bis zum 26.10.2015.
- ¹²⁰ Zitiert nach Kai Oppermann auf der oben genannten Expertentagung. Die Autorin übernimmt hier wiederum Satzteile aus dem von ihr geschriebenen Tagungsbericht.
- ¹²¹ <http://www.bundesregierung.de/Content/DE/Artikel/2015/05/2015-05-29-pressekonzferenz-cameron.html>.
- ¹²² Le wobble.
- ¹²³ Vgl. EU stellt neue Flüchtlingsstrategie vor, 13.5.2015, <http://www.faz.net/aktuell/politik/ausland/europa/theresa-may-gegen-aufnahmequoten-der-eu-fuer-fluechtlinge-13590937.html>, Stand: 6.10.2015.
- ¹²⁴ Zaschke: Besser geht's nicht.
- ¹²⁵ Vgl. Britische Politikerin will Flüchtlingsboote zurückschicken, 13.5.2015, <http://www.stern.de/politik/ausland/fluechtlinge--britische-innenministerin-will-boote-zurueckschicken-6188382.html>, Stand: 6.10.2015.
- ¹²⁶ Vgl. Le wobble; aus der Sicht bis zum 26.10.2015.
- ¹²⁷ Blomeier: Klarer Wahlsieger – unklare Aussichten.
- ¹²⁸ Vgl. Buchsteiner, Jochen: Die Verunsicherung der Baumeister, in: Frankfurter Allgemeine Zeitung, 8.10.2015, S. 3.
- ¹²⁹ Vgl. Le wobble; aus der Sicht bis zum 26.10.2015.
- ¹³⁰ Bolzen: Zentralbankchef lobt Vorteile der EU-Mitgliedschaft.
- ¹³¹ Vgl. ebd.
- ¹³² Vgl. ebd.
- ¹³³ Dieser und der folgende Abschnitt sind eine Zusammenfassung des Vortrags von Prof. Dr. Paul Whiteley im Panel „Konsequenzen der Unterhauswahl für die innere Ordnung und die Außenbeziehungen Großbritanniens“ auf der oben genannten Expertentagung. Die Autorin übernimmt hier wiederum Sätze oder Satzteile aus dem von ihr geschriebenen Tagungsbericht.
- ¹³⁴ Aus der Sicht bis zum 26.10.2015.
- ¹³⁵ Croucher: EU referendum.

Verantwortlich

Prof. Dr. Reinhard Meier-Walser

Leiter der Akademie für Politik und Zeitgeschehen, Hanns-Seidel-Stiftung, München

Autorin

Dr. Alice Neuhäuser

Politische Wissenschaftlerin, Altstipendiatin der Hanns-Seidel-Stiftung, Lehrende an der Katholischen Hochschule NRW, Abteilung Münster

Aktuelle Analysen

Die „Aktuellen Analysen“ werden ab Nr. 9 parallel zur Druckfassung auch als PDF-Datei auf der Homepage der Hanns-Seidel-Stiftung angeboten: www.hss.de/mediathek/publikationen.html. Ausgaben, die noch nicht vergriffen sind, können dort oder telefonisch unter 089/1258-263 kostenfrei bestellt werden.

- Nr. 1 Problemstrukturen schwarz-grüner Zusammenarbeit
- Nr. 2 Wertewandel in Bayern und Deutschland – Klassische Ansätze – Aktuelle Diskussion – Perspektiven
- Nr. 3 Die Osterweiterung der NATO – Die Positionen der USA und Russlands
- Nr. 4 Umweltzertifikate – ein geeigneter Weg in der Umweltpolitik?
- Nr. 5 Das Verhältnis von SPD, PDS und Bündnis 90/Die Grünen nach den Landtagswahlen vom 24. März 1996
- Nr. 6 Informationszeitalter – Informationsgesellschaft – Wissensgesellschaft
- Nr. 7 Ausländerpolitik in Deutschland
- Nr. 8 Kooperationsformen der Oppositionsparteien
- Nr. 9 Transnationale Organisierte Kriminalität (TOK) – Aspekte ihrer Entwicklung und Voraussetzungen erfolgreicher Bekämpfung
- Nr. 10 Beschäftigung und Sozialstaat
- Nr. 11 Neue Formen des Terrorismus
- Nr. 12 Die DVU – Gefahr von Rechtsaußen
- Nr. 13 Die PDS vor den Europawahlen
- Nr. 14 Der Kosovo-Konflikt: Aspekte und Hintergründe
- Nr. 15 Die PDS im Wahljahr 1999: „Politik von links, von unten und von Osten“
- Nr. 16 Staatsbürgerschaftsrecht und Einbürgerung in Kanada und Australien
- Nr. 17 Die heutige Spionage Russlands
- Nr. 18 Krieg in Tschetschenien
- Nr. 19 Populisten auf dem Vormarsch? Analyse der Wahlsieger in Österreich und der Schweiz
- Nr. 20 Neo-nazistische Propaganda aus dem Ausland nach Deutschland
- Nr. 21 Die Relevanz amerikanischer Macht: anglo-amerikanische Vergangenheit und euro-atlantische Zukunft
- Nr. 22 Global Warming, nationale Sicherheit und internationale politische Ökonomie – Überlegungen zu den Konsequenzen der weltweiten Klimaveränderung für Deutschland und Europa
- Nr. 23 Die Tories und der „Dritte Weg“ – Oppositionsstrategien der britischen Konservativen gegen Tony Blair und New Labour

- Nr. 24 Die Rolle der nationalen Parlamente bei der Rechtssetzung der Europäischen Union – Zur Sicherung und zum Ausbau der Mitwirkungsrechte des Deutschen Bundestages
- Nr. 25 Jenseits der „Neuen Mitte“: Die Annäherung der PDS an die SPD seit der Bundestagswahl 1998
- Nr. 26 Die islamische Herausforderung – eine kritische Bestandsaufnahme von Konfliktpotenzialen
- Nr. 27 Nach der Berliner Wahl: Zustand und Perspektiven der PDS
- Nr. 28 Zwischen Konflikt und Koexistenz: Christentum und Islam im Libanon
- Nr. 29 Die Dynamik der Desintegration – Zum Zustand der Ausländerintegration in deutschen Großstädten
- Nr. 30 Terrorismus – Bedrohungsszenarien und Abwehrstrategien
- Nr. 31 Mehr Sicherheit oder Einschränkung von Bürgerrechten – Die Innenpolitik westlicher Regierungen nach dem 11. September 2001
- Nr. 32 Nationale Identität und Außenpolitik in Mittel- und Osteuropa
- Nr. 33 Die Beziehungen zwischen der Türkei und der EU – eine „Privilegierte Partnerschaft“
- Nr. 34 Die Transformation der NATO. Zukunftsrelevanz, Entwicklungsperspektiven und Reformstrategien
- Nr. 35 Die wissenschaftliche Untersuchung Internationaler Politik. Struktureller Neorealismus, die „Münchener Schule“ und das Verfahren der „Internationalen Konstellationsanalyse“
- Nr. 36 Zum Zustand des deutschen Parteiensystems – eine Bilanz des Jahres 2004
- Nr. 37 Reformzwänge bei den geheimen Nachrichtendiensten? Überlegungen angesichts neuer Bedrohungen
- Nr. 38 „Eine andere Welt ist möglich“: Identitäten und Strategien der globalisierungskritischen Bewegung
- Nr. 39 Krise und Ende des Europäischen Stabilitäts- und Wachstumspaktes
- Nr. 40 Bedeutungswandel der Arbeit – Versuch einer historischen Rekonstruktion
- Nr. 41 Die Bundestagswahl 2005 – Neue Machtkonstellation trotz Stabilität der politischen Lager
- Nr. 42 Europa Ziele geben – Eine Standortbestimmung in der Verfassungskrise
- Nr. 43 Der Umbau des Sozialstaates – Das australische Modell als Vorbild für Europa?
- Nr. 44 Die Herausforderungen der deutschen EU-Ratspräsidentschaft 2007 – Perspektiven für den europäischen Verfassungsvertrag
- Nr. 45 Das politische Lateinamerika: Profil und Entwicklungstendenzen
- Nr. 46 Der europäische Verfassungsprozess – Grundlagen, Werte und Perspektiven nach dem Scheitern des Verfassungsvertrags und nach dem Vertrag von Lissabon
- Nr. 47 Geisteswissenschaften – Geist schafft Wissen
- Nr. 48 Die Linke in Bayern – Entstehung, Erscheinungsbild, Perspektiven
- Nr. 49 Deutschland im Spannungsfeld des internationalen Politikgeflechts
- Nr. 50 Politische Kommunikation in Bayern – Untersuchungsbericht

- Nr. 51 Private Sicherheits- und Militärfirmen als Instrumente staatlichen Handelns
- Nr. 52 Von der Freiheit des konservativen Denkens – Grundlagen eines modernen Konservatismus
- Nr. 53 Wie funktioniert Integration? Mechanismen und Prozesse
- Nr. 54 Verwirrspiel Rente – Wege und Irrwege zu einem gesicherten Lebensabend
- Nr. 55 Die Piratenpartei – Hype oder Herausforderung für die deutsche Parteienlandschaft?
- Nr. 56 Die politische Kultur Südafrikas – 16 Jahre nach Ende der Apartheid
- Nr. 57 CSU- und CDU-Wählerschaften im sozialstrukturellen Vergleich
- Nr. 58 Politik mit „Kind und Kegel“ –
Zur Vereinbarkeit von Familie und Politik bei Bundestagsabgeordneten
- Nr. 59 Die Wahlergebnisse der CSU – Analysen und Interpretationen
- Nr. 60 Der Islamische Staat – Grundzüge einer Staatsidee
- Nr. 61 Arbeits- und Lebensgestaltung der Zukunft – Ergebnisse einer Umfrage in Bayern
- Nr. 62 Impulse aus dem anderen Iran –
Die systemkritische iranische Reformtheologie und der christlich-islamische Dialog in Europa
- Nr. 63 Bayern, Tschechen und Sudetendeutsche: Vom Gegeneinander zum Miteinander
- Nr. 64 Großbritannien nach der Unterhauswahl 2015

